

Der neue Wirtschaftsvertrag

Am 1. Juli 1938 wurde in Berlin ein deutsch-polnisches Wirtschafts- und Verrechnungsabkommen unterzeichnet. Die Verhandlungen über das Abkommen begannen bereits im April, also kurze Zeit nach der Wiedervereinigung der Südoftmark mit dem Reich, und ergaben sich aus der Notwendigkeit, einheitliche Grundsätze für die Regelung des Warenverkehrs zwischen dem vergrößerten Reich und Polen zu schaffen. Soweit verfolgten die Besprechungen den gleichen Zweck, wie diejenigen, die das Reich schon mit England, Italien, Ungarn, Südslawien, Griechenland, der Schweiz und anderen Staaten geführt und zum Abschluß gebracht hatte. Im Gegensatz jedoch zu den Übereinkommen mit den genannten Staaten regelte das neue deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen nicht nur die handelspolitischen Fragen der Eingliederung Oesterreichs in den großdeutschen Wirtschaftsraum, sondern schuf durch Verlängerung und Ausbau des ursprünglich bis Februar 1939 befristeten deutsch-polnischen Wirtschafts- und Verrechnungsabkommens vom Jahre 1937 neue, erweiterte Grundlagen für den Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen für einen längeren, auf 2½ Jahre bemessenen Zeitraum.

In Polen fand das neue Wirtschaftsabkommen im allgemeinen keinen größeren Widerhall. Die Tages- und Wirtschaftspresse beschränkte sich im Wesentlichen auf die Wiedergabe der amtlichen Meldung über den Abschluß, ohne Einzelheiten anzuführen, aus denen der Rahmen und der Umfang des erzielten Einvernehmens ersichtlich gewesen wäre. Die regierungsfreundliche Presse kommentierte die getroffenen Vereinbarungen positiv und hob das voll erreichte Ziel: die Ausweitung des Handelsvolumens und verschiedene für Polen erzielte Vorteile hervor. Die Oppositionspresse dagegen äußerte wieder einmal politische Befürchtungen, weil sich der Einfluß Deutschlands als größter Abnehmer und Lieferant Polens — wie sie behauptete — auf das Wirtschaftsleben Polens weiter verstärkte und demzufolge für Deutschland die Möglichkeit bestehe, Polen unter starken wirtschaftlichen Druck zu setzen. Ein Eingehen auf diese unangenehme Polemik kann man sich ersparen. Verdächtigungen dieser Art gehören bekanntermaßen zum ständigen Repertoire dieser gegenüber Deutschland grundsätzlich ablehnend eingestellten Presse.

Die bisherigen vertraglichen Grundlagen der polnischen Handelsbeziehungen zu Oesterreich waren, allgemein gesehen, wesentlich breiter als zum Deutschen Reich. Das bisherige polnische Abkommen mit Deutschland trug einen Rahmencharakter und beschränkte sich auf Fragen, die eng mit dem deutsch-polnischen Warenaustausch zusammenhängen. Die Handelskonvention mit Oesterreich dagegen enthielt alle Merkmale eines regulären Handelsvertrages, der nicht nur Zoll- und Konventionenlisten, sondern auch Vereinbarungen über die Niederlassung von physischen und juristischen Personen, Verkehrs-klauseln usw. enthielt. Auch was die Verrechnung anlangt, war der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag wesentlich enger gehalten; er ersetzte lediglich die Verrechnung aus dem Warenaustausch, während das Verrechnungsverfahren mit Oesterreich den gesamten Zahlungsverkehr zwischen beiden Ländern regelte.

Das neue deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen mit seinen Verrechnungsmodalitäten ist grundsätzlich auf den alten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen von 1935 und 1937 basiert. Es enthält jedoch viele Abänderungen und Ergänzungen, um den Warenumsatz zu beleben, d. h. nicht nur um die bisherige Höhe der polnischen Warenumsätze mit Deutschland und Oesterreich zusammen aufrechtzuerhalten, sondern auch eine zweckmäßige Aenderung des ganzen Gesüges des Handels herbeizuföhren. Von polnischer Seite wurde bei den Verhandlungen der Wunsch vorgebracht, daß für Polen im neuen Vertrag die bisherigen Vorteile, die es in der Konvention mit Oesterreich genossen hatte, erhalten bleiben. Diese Wünsche bezogen sich nicht nur auf den direkten Warenverkehr, sondern auch auf andere Bedingungen der Konvention, wie beispielsweise auf den Durchgangsverkehr durch polizeilichen Vorschriften für die Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen aus Polen im Vergleich zu den bisherigen Bestimmungen der polnisch-österreichischen Konvention verschärft.

Die neuen deutsch-polnischen Vereinbarungen bestehen: 1. aus dem eigentlichen Wirtschaftsabkommen, aus einem Schlußprotokoll und verschiedenen Zoll- und Veterinärabhängen sowie 2. aus einem Verrechnungsabkommen. Das eigentliche Wirtschaftsabkommen stellt eine Wiedergabe der Bestimmungen des alten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom Jahre 1935 ohne irgendwelche Abänderungen dar und enthält: die Meistbegünstigungsklausel im Zollteil, Bestimmungen über Geschäftsreisen, Nationalisierung der Waren, Ursprungszeugnisse, über die bedingungsweise Zollabfertigung, Anwendung von autonomen Zollnachlässen, gegenseitige Reglementierung der Warenumsätze und eine Reihe anderer mit dem Warenverkehr unmittelbar zusammenhängender Vorschriften. Was die veterinär-polizeilichen Vorschriften betrifft, so behalten die bisher im deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen vorgesehenen ihre Gültigkeit, ebenso die Veterinärbestimmungen im Durchgangsverkehr durch das Reich, wie sie bereits im deutsch-polnischen Protokoll vom März 1934 über die Aushebung des Zollkonfliktes niedergelegt worden sind.

Die beiderseitigen Listen der Zollermäßigungen wurden abgeändert, besonders die Liste der polnischen Konventionszölle, die deutschen Einfuhrwaren nach Polen zugestanden wurden. Die Liste der polnischen Konventionszölle für deutsche Waren enthielt bisher etwa 70 Positionen und wurde auf 286 Positionen erweitert, indem die bisherigen österreichischen Konventionszollermäßigungen einbezogen wurden. Die Zollnachlässe im neuen Vertragwerk erstrecken sich auf verschiedene Chemikalien, auf Lederwaren, Konfektion, Papierwaren, Glaserzeugung, Metallwaren, Maschinen und Apparate, Präzisionsinstrumente, Spielzeug, Schmuckfachen usw. Die Konventionalliste, die künftiger polnischer Einfuhr nach Deutschland zugute kommt, ist wesentlich kleiner; sie umfaßt nur elf Positionen und zwar Delsamen, Zuckerrübensamen, Pilze, Holz, Gänse, Rindvieh usw. Das Mißverhältnis in dem Umfang der Konventionslisten erklärt sich aus dem Umstande, daß bei der Einfuhr polnischer Waren nach Deutschland ohnehin in vielen Fällen entweder Zollfreiheit besteht, oder, wenn es sich um Rohstoffe handelt, ermäßigte Zollsätze Platz greifen. In anderen Fällen erfolgt die polnische Einfuhr ins Reich auf der Grundlage sogenannter Branchenabreden, wobei Preise festgesetzt werden, die frei Grenze gestellt sind, so daß in der Praxis der deutsche Einfuhrzoll herabgesetzt ist.

Das neue Wirtschaftsabkommen sieht einen Gesamtumsatz auf der Export- und Importseite in Höhe von 280 Millionen Zloty (1 Zloty = 0,47 RM.) vor. Da sich die bisherigen Umsätze im deutsch-polnischen Warenverkehr auf 178 Millionen Zloty und im österreichisch-polnischen Warenverkehr auf 58 Millionen Zloty beliefen, bedeutet der jetzige Gesamtplan eine Steigerung des Wertes um 26 Millionen Zloty. Um diesen vergrößerten Umsatz zu erreichen, sind im neuen Vertragwerk die Abzagsmöglichkeiten für deutsche Waren nach Polen erleichtert worden, weil ja der deutsche Export maßgebend

ist für die polnische Ausführgrundlage nach Deutschland. Polnischerseits sind also zahlreiche Zollermäßigungen für den deutschen Export eingeräumt und ebenso sind die einzelnen polnischen Einfuhrkontingente für deutsche Waren erweitert worden.

An der Struktur des Warenverkehrs ist gleichfalls eine Verschiebung eingetreten, da im neuen Abkommen die Nomenklatur und das Gefüge der österreichisch-polnischen Handelskonvention berücksichtigt werden mußten. Allerdings erstreckt sich diese Verschiebung nur auf die bisherige österreichische Umsatzquote von 58 Millionen Ploz. Bei der polnischen Einfuhr aus dem ehemaligen Oesterreich handelt es sich vor allem um Rohstoffe, die Polen bisher von dort bezogen hat. In der polnischen Warenausfuhr nach Oesterreich erfolgt eine Verschiebung zugunsten des Exports von Industrieartikeln. Die bisherige polnische Industrieausfuhr nach Oesterreich erfaßte etwa die Hälfte, dagegen die nach Deutschland etwa ein Viertel der gesamten polnischen Ausfuhr nach den beiden Ländern.

Auf Grund des neuen Abkommens ist die polnische Landwirtschaft mit 70 v. H., die polnische Industrie mit rund 30 v. H. an der Ausfuhr beteiligt. Die Liste der künftigen Ausfuhr Polens nach Deutschland ist, soweit es sich um Vieh- und Agrarprodukte handelt, keinen großen Veränderungen unterworfen worden. Doch ist eine Erweiterung der Ausfuhr von Schweinen, Eiern, Butter, Gänsen usw. vorgesehen. Auch das Exportkontingent von ausgepöckelten Rohstoffen für die Industrie, wie z. B. Glachs und Hanf, ist erhöht worden, während die Ausfuhr von Holzmaterialien mit Rücksicht auf die geringe Abnahme derselben durch Oesterreich nur eine geringe Erweiterung erfahren hat. Erheblichen Veränderungen unterliegt der Export von polnischen Industrieerzeugnissen. Zunächst sind Kohle, Koks und Briquettes zu erwähnen, deren Exporthöhe der bisherigen Lieferungen nach Oesterreich im Jahre 1937 ungefähr angepaßt worden ist. Ferner ist die Gruppe der Halbfabrikate und Textilgewebe zu nennen, Waren, die bis dahin nach Deutschland nicht ausgeführt wurden, und schließlich die Exportsteigerung von Hüttenerzeugnissen, Zink und Paraffin.

Die Hauptexportartikel Polens nach Deutschland werden in Zukunft sein: Schweine, Eier, Geflügel, Futtermittel, Spiritus, Getreide und Holzmaterialien, Kohle, Eisen, Zink, Kohlenderivate, Naphthaerzeugnisse und Textilgewebe. Aus Danzig werden nach Deutschland Vieh, Erbsen, Fische und Zuckerrüben u. a. gelangen. Gleichzeitig umfaßt das Abkommen Ausfuhrkontingente für die Danziger Industrie sowie ein Zahlungskontingent für Arbeitslöhne, die aus dem aktiven Veredelungsverkehr mit dem Reich für Danzig hervorgehen. Wie bisher wird der polnische Export nach dem Reich neben diesen allgemeinen Bestimmungen auf private Vereinbarungen zwischen den interessierten Branchen der beiden Länder gestützt sein. Auf dieser Basis wird auch die polnische Kohlenausfuhr nach Deutschland erfolgen, wobei bemerkenswert ist, daß die Lieferungen polnischer Steinkohle frei deutsch-österreichische Grenze gestellt sind. Das bedeutet, daß ein Durchgangsverkehr polnischer Kohle durch die Tschecho-Slowakei nach Oesterreich nicht mehr in Betracht kommt.

Das neue deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen behält das in manchen Zweigen der polnischen Ausfuhr nach Deutschland bereits geltende deutsche System der sogenannten Akki-Konten bei, wodurch den interessierten Export- und Importfirmen eine direkte Verrechnung ermöglicht wird. Diese Akki-Konten können grundsätzlich als Verrechnung nur im Warenverkehr Anwendung finden. Was die österreichisch-polnische Verrechnung anlangt, so werden künftig die Bestimmungen des alten deutsch-polnischen Verrechnungsabkommens von 1937 gelten. Unter diese Vereinbarungen fallen alle Zahlungen, die in Verbindung mit dem Warenaustausch stehen, des weiteren aber auch bestimmte Nebenkosten wie Reisekosten, Patentgebühren, Lizenzen, Provisionen, Rabatte, Entschädigungen und Arbeitslöhne im Veredelungsverkehr. Die Verrechnung erfolgt wie bisher auf polnischer Seite durch das Polnische Verrechnungsinstitut, auf deutscher Seite durch die Deutsche Verrechnungskasse. Einer Sonderregelung unterliegen alle auf polnischer Seite bestehenden Clearingspitzen, die sich aus der bisherigen österreichisch-polnischen Konvention ergeben. Ein Teil dieser Salden findet in einer zusätzlichen Ausfuhr polnischer Waren nach Deutschland Verwendung.

Die Kontrolle über den Warenaustausch üben wie bisher Regierungsausschüsse aus. Der Vertrag wird vorläufig am 1. September d. J. in Kraft gesetzt.

Zu diesem Zeitpunkt erlöschten alle bisherigen deutsch-polnischen und österreichisch-polnischen Wirtschaftsabmachungen. Das Abkommen gilt zunächst bis Ende Februar 1941. Im Zusammenhang mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens sind in Berlin auch Protokolle unterzeichnet worden, die zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen über die Durchführung des Abkommens nähere Vereinbarungen treffen und den Anteil der Freien Stadt am Gesamtwarenverkehre mit dem Deutschen Reich festlegen. Hierbei konnten die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft der Freien Stadt in angemessenem Umfange berücksichtigt werden. In der Gesamtentwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen der letzten Jahre bedeutet das neue Abkommen einen Fortschritt. Es dürfte zu einer weiteren Intensivierung der bisher nur geringen deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete führen.

Ein Beitrag zur Verständigung

Vor kurzem erschien, wie schon berichtet, als 2. Band der „Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum“ ein neues Werk von Dr. Kurt Lüd „Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur“. Zum ersten Male wird in diesem umfangreichen Werke das Bild des Deutschen entworfen, wie es in der polnischen Volkseinnung lebt. Dieses Buch, das aus dem Wissen und dem Erleben der volkspolitischen Kampffront heraus entstanden ist, kann man mit Recht als einen hervorragenden Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung bezeichnen. Es muß zugegeben werden, daß es eine beträchtliche Anzahl polnischer Gelehrter gibt, die sich ernsthaft um eine gerechte Würdigung des Deutschtums bemüht und ohne nationale Voreingenommenheit die hervorragende Bedeutung des Deutschtums für die materielle und kulturelle Entwicklung Polens herausgestellt haben. Aber es muß zugleich auch festgestellt werden, daß von den Ergebnissen dieser dem Deutschtum gerecht werdenden Forschungsarbeit bisher nur sehr wenig ins polnische Volk gelangt ist. Die polnische (schöngeistige) Literatur hat sich der Aufgabe, die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschungsarbeit, die ihrer Natur nach nur einen sehr beschränkten Kreise zugänglich sind, in volkstümliche Münze umzugießen, im allgemeinen verweigert. Sie hat in zahllosen Fällen diese Erkenntnisse wider besseres Wissen verschwiegen, umgedeutet oder verfälscht. Sie hat es vorgezogen, bei der erzählenden Behandlung geschichtlicher Themen und bei der charakterlichen Kennzeichnung des Deutschtums ihre Vorbilder und Anregungen der von psychologischen Mißverständnissen, absurden Anachronismen und gefühlsbedingten Widersinnigkeiten belasteten Volksüberlieferung zu entnehmen. Wie in der Volksüberlieferung, so treten auch in der schöngeistigen Literatur Polens bei der Darstellung und Beurteilung des Deutschtums die Vernunft gegenüber dem Gefühl und die Wahrheit gegenüber der Legende ganz in den Schatten. Gegenüber der Masse der dichterischen Erzeugnisse, in denen die Vertreter des Deutschtums dem polnischen Leser in der unvoreteilhaftesten Beleuchtung vorgeführt werden, fallen die seltenen Erzeugnisse der polnischen schöngeistigen Literatur, in denen die Vertreter des Deutschtums nicht als Lumpen oder Lölchel erscheinen, nicht allzu schwer ins Gewicht. Dabei verdient folgender Umstand besonders hervorgehoben zu werden: Es sind nicht nur die mehr oder weniger geistlosen Dilletanten und den polnischen Schriftstellern und Dichtern, sondern auch und vor allem die hervorragenden Vertreter der polnischen Literatur, von Mickiewicz und Krasiński über Sienkiewicz und Reymont bis Jeronimi und Kosak-Szczuka, die in ihren Romanen, Novellen, Dramen und Gedichten jenes Zerrbild vom Deutschen literaturfähig gemacht und dem geschichtlichen Denken und der politischen Vorstellungswelt der polnischen Volksgemeinschaft so tief eingeprägt haben, daß Bücher (wie etwa Studnickis „Polen im System der europäischen Politik“), die sich bei der Behandlung von Fragen der deutsch-polnischen Nachbarschaft nicht dieser antideutschen Schablone bedienen, in der polnischen Öffentlichkeit fast unvermeidlich auf spontane Ablehnung stoßen.

Kurt Lück führt im zweiten Teil seines Buches, in dem er „Das deutsche Wesen und die deutsch-polnische Volkstumsfront im Spiegel der polnischen schongeistigen Literatur“ behandelt, eine Fülle von Beispielen an. Nachstehend sollen daraus einige charakteristische Fälle, die die deutsche Industrieföpfung und das deutsche Kolonistentum in Kongresspolen betreffen, angeführt werden. Es sind Fälle, die sich in ähnlicher Form in zahllosen anderen Erzeugnissen der polnischen Literatur wiederholen. Boleslaw Prus hat in seinem 1880 erschienenen Roman „Die wiederkehrende Welle“ einen aus der Mark Brandenburg nach Kongresspolen eingewanderten Fabrikanten namens Adler geschildert, der am Schweiß und am Elend der polnischen Arbeiter seiner Fabrik Millionen verdient und alle schlechten Eigenschaften, die ein Mensch nur haben kann, Gewissenlosigkeit, Geiz, Härtherzigkeit usw., in sich vereint. Sein Sohn wird als ein Wüßling geschildert, der das Geld seines Vaters im Auslande in zweifelhafter Gesellschaft verpraßt. Um die Schulden seines Sohnes zu bezahlen, werden von dem deutschen Fabrikanten die Arbeiterlöhne herabgesetzt und der Fabrikarzt und der Feldscheer entlassen, so daß, als bald darauf ein polnischer Schloßer in der Fabrik einen Unfall erleidet, niemand da ist, der dem Verunglückten einen Verband anzulegen versteht. Die polnische Arbeiterschaft bäumt sich gegen die „deutschen Diebe und Aus-sauger“ auf. Schließlich aber „siegt die Gerechtigkeit“: Der Fabrikantensohn wird im Duell erschossen, worauf der alte Adler in Wahnsinn verfällt und seine Fabrik in Brand steckt. Wladyslaw Rominski läßt in seiner 1899 erschienenen Novelle „Julka“ auf die Frage, ob es unter den (Deutschen) Industriellen nicht auch anständige Leute gäbe, folgende Antwort geben: „Anständige? Ha, ha, ha! Suche sie mit der Laterne des Diogenes. Rasch hat die Tochter von Pregel verführt. Das gleiche hat Kaschmit mit der Tochter von Detsch angestellt. Odank ist zweimal abgebrannt. Solik hat seinen Konkurrenten mißbraucht. Und alle sind sie, wie du weißt, reiche Leute. Im übrigen sind sie alle Lummels. Ohne Bildung, ohne Sittlichkeits-empfinden, ohne Ehre.“ „Lodsch“, so heißt es in derselben Novelle an anderer Stelle, „war zu jener Zeit durchdrungen von den Idealen des ordinären Michels und hielt sich an die Grundsätze Bismarcks . . .“

In dem bekanntesten polnischen Roman, der die Entwicklung der Industriestadt Lodz zum Gegenstand hat, in dem 1897 erschienenen Roman „Das Gelobte Land“ von Wladyslaw Reymont, der starke Einflüsse Emile Zolas verrät, wird neben anderen Deutschen auch ein Millionär namens Buchholz mit folgenden Worten geschildert: „Er war überall und schlich wie eine Herbstnacht, düster und schweigend, umher. Wo er nur erschien, wo er durchging, da verstummten die Unterhaltungen, neigten sich die Gesichter, hörten die Augen auf zu sehen, krümmten sich die Gestalten und frohen in sich zusammen, als ob sie den Strahlen seiner Augen entgehen wollten“. „Was geht es mich an, wenn sie vor Hunger krepieren“, läßt Reymont diesen deutschen Fabrikanten über verarmte Bittsteller spotten. Eine andere Figur dieses Romans ist der Millionär Müller, „ein Dieb, der mit einem Hundekarren nach Polen gefahren kam“, ein „dicker Löpel“, der sich einen Palast baut, nur weil andere auch einen haben, der nicht zu lesen und kaum seinen Namen zu schreiben versteht, der seinen Gästen durch seine Banaußenhaftigkeit auf die Nerven fällt, der in fettigen Hosens und Holzpantoffeln über das Parkett seiner Salons hinschlüft und auf den Fußboden spuckt, der zerknautschte Zigarren aus der Hosentasche hervorholt und sie, nachdem er sie mit seinen schmutzigen Fingern wieder zurechtgedrückt hat, seinen Gästen anbietet. Die Söhne der deutschen Industriellen sehen — in der Darstellung Reymonts — den Hauptzweck ihres Daseins darin, unschuldige polnische Arbeiterinnen zu schänden. Und von den Frauen sagt dieser polnische Nobelpreisträger, daß „die Jüdinnen gut zum Flirten, die Polinnen gut zum Lieben und die deutschen Frauen gut zur Gründung eines nationalen Viehstalles sind.“ Es trifft zwar zu, daß dieser Roman unter den polnischen Gelehrten zahlreiche Kritiker gefunden hat, die seine Verlogenheit und Unwahrhaftigkeit festgestellt haben und den schöpferischen Leistungen der deutschen Industriepioniere in Kongresspolen volle Anerkennung haben zuteil werden lassen. Das ändert aber nichts daran, daß dieser Roman die Hauptquelle des auch heute noch allgemein verbreiteten, verächtlichen und hassenswerten Zerbildes des Lodsker Deutschtums darstellt und auch heute noch als Lesestoff in den höheren Schulen Polens benutzt wird.

Noch einmal hat Keymont zwanzig Jahre später in der 1919 erschienenen Novellensammlung „Hinter der Front“ gegen die deutschen Industriellen von Lodsch Stellung genommen. Einen Bettler, der früher einmal als Lärhhüter in Lodsch gearbeitet hat, läßt er darin erzählen: „Zwei Jahre arbeitete ich schwer für diese Heiden. So viel habe ich von ihnen erduldet, daß ich vor jedem Kreuz, vor jeder Figur (Heiligenfigur) und vor jeder Kirche Gott um Pest und Seuche für diese verfluchten Henker anflehe“. Keymont hat zahlreiche Nachahmer gefunden. So ist im Jahre 1910 unter dem Titel „Hundegeelen“ eine Novellensammlung von Zygmunt Bartkiewicz erschienen. In einer dieser Novellen tritt ein deutscher Industrieller auf, klein von Gestalt, fett und krummbeinig, mit geistlosem, ordinären Gesicht, grob und spuckend, der einen seiner Angestellten, einen alten polnischen Edelmann, aus seinem Betriebe hinauswirft, weil dieser nicht genügend schnell Prozente ausrechnen kann. „Kulturträger“ nennt sich eine Erzählung, die Kazimierz Paszkowski 1895 veröffentlicht hat. Es wird darin ein dicker, plumper und grober Fabrikdirektor namens Kurzbach geschildert, der dauernd herumbrüllt und flucht, viel säuft und die polnischen Arbeiter prügelt. Sein Sohn macht sich an die Schwefel des Vizedirektors Dlazyski heran. Als deren polnischer Verehrer, der natürlich als liebenswerter und tapferer Kavalier hingestellt wird, ihn zwingen will, das Mädchen zu heiraten, fährt ihm der Schreck so in die Glieder, daß er schleunigst nach Deutschland ausreißt. Auch Jozef Konrad Koczeniowski, der seit Jahrzehnten in England lebt und seine Bücher unter dem Namen Josef Conrad in englischer Sprache zu schreiben pflegt, hat in seinem 1916 erschienenen und 1931 ins Polnische übersetzten Roman „Victory“ einen Deutschen geschildert, den er als dumm, idiotisch und lächerlich, boshaft, geschwätzig und feige, brutal, lästern, argwöhnisch, verbrecherisch usw. bezeichnet. Im Vorwort stellt dieser polnische Dichter ausdrücklich die Allgemeingültigkeit dieses die Deutschen betreffenden Werturteils fest.

Immer wieder ist dieser selbe schablonisierte Typ des deutschen Industriellen in der polnischen Literatur dargestellt worden. Man weiß nicht, was bei diesen polnischen Schriftstellern, die sich angemaßt haben, ein Urteil über die Schöpfer der kongresspolnischen Industrie abzugeben, größer ist: die beschämende Unreife, mit der sie ein sehr ernstes Thema behandeln, oder die unverhohlene Abneigung, mit der sie den schöpferischen Tatwillen dieser Deutschen verfolgen. Es ist ein befreiendes Gefühl, das Urteil eines Lodscher Industriellen über diese Sorte von Literatur zu vernehmen: „Das Schicksal hat es schon gut gemeint, als es nicht die Romanschriststeller, sondern uns dazu ausersehen hat, Polens Industrie aus dem Boden zu stampfen.“

Wie die deutschen Urheber der kongresspolnischen Industrie, so haben auch die deutschen Kolonisten, die weite Strecken Polens in generationenlanger, schwerer Arbeit urbar gemacht haben, bei vielen polnischen Wissenschaftlern eine gerechte Würdigung gefunden. Wie aber dort, so hat auch hier das sachliche Urteil der Wissenschaft wenig Eingang in die schöngestirnte Literatur Polens gefunden. Zwar werden die deutschen Kolonisten auch in den Romanen und Novellen zumeist als klug und erfindungsreich, als arbeitsam und tüchtig, als ordnungsliebend und organisatorisch begabt dargestellt. Doch dient die Hervorhebung dieser Eigenschaften den polnischen Schriftstellern fast stets nur dazu, um die dem Polentum „drohende Gefahr“ nur um so größer und die Notwendigkeit der Abwehr des Kolonistentums nur um so dringender erscheinen zu lassen. Die Schablone für die Behandlung dieses Themas hat Boleslaw Prus in seinem 1885 erstmalig veröffentlichten Roman „Der Wachtposten“ geschaffen. Zwischen den von einem polnischen Güterbesitzer herbeigekufenen Kolonisten und einem polnischen Bauern entbrennt ein erbitterter Kampf, weil der Pole, der im übrigen nicht besonders vorteilhaft gezeichnet ist, sich hartnäckig weigert, den Deutschen sein Land zu verkaufen. Wohl läßt Prus die polnischen Bauern den Fleiß und die Tüchtigkeit der deutschen Kolonisten bewundern; letzten Endes aber werden sie von ihm doch nur als die landungrigen Eindringlinge behandelt, die den polnischen Bauern den erterbten Boden abgauenern, wobei sie sich mit heruntergekommenen polnischen Güterbesitzern und schauernden Juden verbünden. Sie werden dem bodenverbundenen polnischen Bauerntum als Repräsentanten eines krassen Materialismus gegenübergestellt, die sich, auf ihr Geld pochend, als die Herren im Lande aufspielen und die Glinte ins Korn werfen, wenn sie auf einen unerwarteten Widerstand stoßen.

Was Prus, der sich wenigstens um ein Verständnis der Deutschen bemüht, in diesem Roman noch mit einiger Zurückhaltung dargestellt hat, das haben seine zahlreichen Nachahmer in tendenziöser Verzerrung und Ueberspizung geschildert. Allen voran Henryk Sienkiewicz in seiner 1901 erschienenen Novelle „Zwei Wege“. Dort läßt dieser polnische Nobelpreisträger die deutschen Kolonisten auf einem alten Gräberhügel, den die polnischen Bauern mit Ehrfurcht behandelt haben, Gurten anbauen und mit einem dabei zum Vorschein kommenden Lotenschild Fußball spielen. Es ist interessant, zu bemerken, daß gerade diese Szene unter der Ueberschrift „Es lebe die Kolonisation“ in einem 1936 herausgegebenen polnischen Schullesebuch abgedruckt ist. Schon in der 1882 erschienenen Erzählung „Bartek Trzcycza“ hat Sienkiewicz die deutschen Kolonisten als moralisch minderwertig zu charakterisieren versucht. Dort kommt ein polnischer Bauer, der den Krieg 1870/71 mit Auszeichnung mitgemacht hat, wegen einer siegreichen Schlägerei mit einem Deutschen ins Gefängnis; seine Frau leiht sich, um die hohe Strafe zu bezahlen, von einem deutschen Kolonisten Geld; diesem gelingt es, mit List und Tücke den polnischen Bauern von seinem Besitz zu verdrängen. Auch aus dieser Novelle hat eine Szene in dem auch für die deutschen Gymnasien vorgeschriebenen Lesebuch Aufnahme gefunden. In dem Märchen „Blumen und Steine“, das kurz vor dem Kriege erschienen ist, spricht Sienkiewicz von dem „brandenburger Schwein“, das mit seinem Rüssel die polnische Erde durchfurchen will, um ein neues Schweinereich zu begründen; es gelingt ihm auch, die Blumen zu zerstören, an den Steinen aber stößt es sich den Rüssel blutig, so daß es seinen Plan aufgeben muß.

In mehreren Erzählungen hat sich Adolf Dygasiński mit dem Kampf um den Boden befaßt. Es geht in diesen Erzählungen, die von Kraftausdrücken strotzen, mitunter recht blutrünstig zu. In der 1898 erschienenen Novelle „Dwa diabły“ werden die deutschen Kolonisten u. a. mit folgenden Worten geschildert: „Diese Kerle waren einer wie der andere dick wie die Kuh. Niemand von den Leuten konnte sich vorstellen, daß so etwas überhaupt mit Pferden umgehen konnte. . . Niemand konnte neben ihnen sein täglich Brot finden, weil sie sogar den alten Frauen verboten, in den Wald zu gehen, um Pilze zu sammeln. . . Ein Jzwab sah besonders häßlich und lächerlich aus. Dieser deutsche Kerl hatte Baststulpe um die Füße hängen, so was wie Schuhe, und dazu wieder blaue Strümpfe bis an die Knie. Ueber den Knien waren die Beine in Hosen drin. Jeder, der sie sah, mußte lachen, da man sonst solche kurzen Höschen nicht zu sehen bekam. Das wäre schon noch gegangen, obwohl sich jeder wunderte, aber auf seinen Schädels hatte er sich noch eine Schlafmütze gezogen, einen unförmigen Sack mit einer Quaste, einem Haarbüschel wie ein mächtiger Ziegen- oder Hasenschwanz. Sein großes Gesicht war glatt rasiert, vom Kinn bis an die Ohren zog sich noch ein Streifen, wie ein Kranz, von rötlichen Haaren. Er grinste andauernd, und sobald er den Mund aufsperrte, sah man riesige gelbe Pferdezähne. . .“ „Der Bauer liebt seine Erde und haßt die Deutschen“. Das ist die letzte Weisheit dieser Novelle, in der der Verfasser die deutschen Kolonisten ins Lächerliche zu zerren versucht, was auch in zahlreichen anderen Romanen usw. immer wieder geschieht.

Als ausgekochte Gauner werden die Deutschen von Maria Konopnicka geschildert, der Verfasserin der „Nota“, des bekannten Häßliches, das man auch heute noch bei patriotischen Kundgebungen in Polen häufig zu hören bekommt. Das gilt u. a. von ihrem viel gelezten, 1910 erschienenen Standardroman „Herr Balzer in Brasilien“, in dem die Schuld an der polnischen Massenauswanderung nach Uebersee deutschen Agenten in die Schuhe geschoben wird, die das den polnischen Emigranten abgejagte Bauernland deutschen Kolonisten in die Hand zu spielen versuchen. In diesem Roman läßt Konopnicka einige Polen z. B. wie folgt über die Deutschen philosophieren: „Wie kann man einem Deutschen, einer Bestie, trauen! Der Glaube eines Deutschen und der einer Katze — ist eins. . . Der Deutsche ist schlimmer als eine Schlange. . . Wir konnten mit dem Gesindel keine Gemeinschaft pflegen, weder wir Männer, noch unsere Weiber, denn man konnte mit ihnen, die die Laufe nicht durch das Kreuz, sondern durch Wasser empfangen, weder sich verständigen noch in Frieden leben. Es waren gewöhnliche Luthers oder Kalwiner, wie diejenigen, die bei uns auf den Hauländereien sitzen. . .“ Auch Władysław Reymont hat zu dem literarischen Kampf gegen das deutsche Kolonistentum seinen Beitrag geliefert. In seinem großen, 1904 erschienenen, in 18 fremde Sprachen übersetzten und mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Roman „Die Bauern“ ist von deutschen Kolonisten die Rede, „von

breitschultrigen und härtigen Schuften", in blauen Jacken, „mit silbernen Ketten auf gemästeten Bäuchen" und Fressen, die vom guten Essen glänzen. „Möge uns Gottes Hand vor deutschen Nachbarn bewahren", beten die polnischen Bauern, und wirklich werden die Deutschen, diese „nichtswürdigen Luder", diese „Schweinefresser" und „Gauschwanzriemen", von einem Unglück nach dem anderen verfolgt, so daß sie schließlich wieder abziehen müssen. „Möchtet ihr wie tolle Hunde alle bis zum letzten verrecken" und „Die schwarze Pest soll euch holen. ihr Hundekeser", rufen die von großer Schadenfreude übermannen Polen hinter den Abziehenden her. . .

Ein an den deutsch-polnischen Beziehungen nicht unmittelbar interessierter Leser all dieser Erzeugnisse der polnischen schöngestigen Literatur, von denen hier nur einige, die deutsche Industriefschöpfung und die deutsche Kolonisationsstätigkeit in Kongresspolen betreffende Proben erwähnt worden sind, mag sich auf den Standpunkt stellen, daß diese Romane, Erzählungen und Novellen in Wirklichkeit weniger die deutschen Industriellen und Kolonisten als ihre Verfasser charakterisieren. Es versteht sich aber von selbst, daß der, der das Ziel dieser fortgesetzten literarischen Angriffe und Verleumdungen ist, die Sache anders beurteilen muß. Es gibt gewiß manchen in Deutschland, dem die Beharrlichkeit, mit der die polnische Öffentlichkeit trotz der im Laufe der letzten Jahre zwischen Berlin und Warschau zustande gekommenen Pakte und Uebereinkommen an ihrer Abneigung und ihrem Mißtrauen gegenüber Deutschland festhält, unverständlich erscheint. Das Buch von Kurt Lück kann ihm über die Gründe hierzu wertvolle Aufschlüsse geben. Denn es macht klar, wo der Hebel angefaßt werden muß, um den mit den deutsch-polnischen Pakt und Uebereinkommen bezweckten Verständigungsversuch in Polen wirklich fruchtbar zu machen. Eines ist angesichts der maßgeblichen Bedeutung, die die in diesem Buche beschriebene schöngestige Literatur für das geschichtliche Denken und die politische Orientierung des polnischen Volkes besitzt, vollkommen klar: Wenn es nicht gelingt, das Zerbild vom Deutschen, das tief in der polnischen Volksüberlieferung wurzelt und das schöngestige Schrifttum Polens weitgehend beherrscht, durch eine gesündere und lebenswahre Anschauung vom Deutschen zu ersetzen, dann können die Erfolgsaussichten der Verständigungsbemühungen nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Denn es ist wenig wahrscheinlich, daß im polnischen Volke freundschaftliche Gefühle gegenüber dem deutschen Volk entstehen können, solange ihm dieses Volk, dessen Wesensverschiedenheit ihm wohl bewußt, aber nur schwer verständlich ist, in der Literatur immer wieder in düsteren und unliebenswürdigen Farben dargestellt wird. Es ist das große Verdienst Kurt Lücks, in seinem „Mythos vom Deutschen" diese ständig fließende Quelle der polnischen Abneigung gegen das Deutschtum beleuchtet und damit zugleich auch die verantwortlichen Stellen beider Länder auf die psychologischen Widerstände, die sich einem Fruchtbarwerden der von ihnen abgeschlossenen Verträge entgegenstellen, hingewiesen zu haben. Kazimierz Smogorzewski hat am 7. Januar 1938 in der „Gazeta Polska" ganz richtig bemerkt: „... Die politische Freundschaft zweier Regierungen ist zum Großteil wertlos, wenn das Verhältnis der betreffenden Völker zueinander durch Mißtrauen und Verdächtigungen gekennzeichnet ist".

Die Deutsche Ostmesse in Königsberg

Vor dem Kriege war der gewaltige Raum von der Ostgrenze des Deutschen Reiches bis zum Stillen Ozean im Rahmen des russischen Staates zu einem einzigen Wirtschaftskörper zusammengefaßt. Das Deutsche Reich war der naturgegebene Lieferant und Abnehmer seines russischen Nachbarn. In dem deutsch-russischen Warenaustausch, der sich vor dem Kriege auf jährlich mehr als 2,26 Milliarden Mark belief, spielte Königsberg dank seiner günstigen geographischen Lage eine hervorragende Rolle. Drei Viertel der über den Königsberger Hafen gehenden Ausfuhr waren Wirtschaftsgüter osteuropäischer Herkunft, unter denen Getreide, Holz und Zellstoffe, Hanf und Flachs an erster Stelle standen. Der Wettbewerb zwischen den reichsdeutschen und den russischen Ostseehäfen war durch den deutsch-russischen Handelsvertrag von 1894 auf der Grundlage der

tarifpolitischen Gleichberechtigung geregelt worden. Im Jahre 1913 belief sich der Güterverkehr Ostpreußens mit seinem osteuropäischen Hinterland auf annähernd 2 Millionen Tonnen.

Diese günstige Aufwärtsentwicklung wurde durch die politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit jäh unterbrochen. An die Stelle des großen politisch geschlossenen Wirtschaftsbereiches trat eine Vielzahl kleinerer politisch getrennter Wirtschaftsgebiete. Das polnische Staatsgebiet fiel für den Königsberger Hafen als wirtschaftliches Hinterland aus. Die Voraussetzungen für eine tarifpolitische Gleichstellung des Königsberger Hafens mit den baltischen Häfen waren nicht mehr vorhanden. Die revolutionäre Umbildung der russischen Wirtschaftsstruktur legte den deutsch-russischen Güteraustausch weitgehend lahm. Es kam hinzu, daß Ostpreußen durch die Zwischenlagerung polnischen Hoheitsgebietes seinen territorialen Zusammenhang mit dem Reichskörper verlor. Die Stellung Ostpreußens im deutschen Außenhandel mußte unter diesen Bedingungen von Grund aus neu aufgebaut werden. Im Zuge dieser Bestrebungen wurde im Jahre 1920 in Königsberg die deutsche Ostmesse errichtet. Ihre wurde eine doppelte Aufgabe gestellt: die durch den russischen Zusammenbruch zerrissenen Fäden der deutschen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, sowie den Handelsverkehr mit den Nachfolgestaaten zu fördern und gleichzeitig der vom übrigen Reich getrennten Provinz eine wirtschaftliche Stütze zu sein. In den knapp zwei Jahrzehnten ihres Bestehens hat sich die Deutsche Ostmesse in Erfüllung dieser doppelten Aufgabe nicht nur zu dem wichtigsten Markt der deutschen Wirtschaft im Osten, sondern auch zu dem bedeutendsten Treffpunkt der wirtschaftsstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen des ganzen Ostens entwickelt.

Die Deutsche Ostmesse gliedert sich in folgende Gruppen: Ihr Kernstück ist die Allgemeine Warenmustermesse, auf der alle für Ostpreußen und Osteuropa wichtigen Waren angeboten werden; ihr gliedern sich drei weitere Hauptabteilungen an, die Technische Messe, die den Industrialisierungstendenzen des Ostens Rechnung trägt, die Landwirtschaftliche Ausstellung, die dem Erfahrungsaustausch und der Förderung der ostpreußischen und osteuropäischen Agrarwirtschaft dient, und die Handwerksausstellung, die zu einem guten Bindeglied vor allem zu den handwerklich stark entwickelten baltischen Staaten geworden ist. Zahlreiche Fach- und Sonderausstellungen vervollständigen den Gesamtkomplex der Ostmesse, die alljährlich von mehr als 200 000 Interessenten des In- und Auslandes besucht wird. Zu den ständigen Ausstellungen gehören Britisch-Indien, Danzig, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Mandtschu, Polen, Schweden, die Türkei und Ungarn. Am stärksten ist natürlich die deutsche Wirtschaft beteiligt. Während also die Sowjetunion als Aussteller ausfällt, sind alle übrigen Nachfolgestaaten und dazu jene Staaten, die zum wirtschaftlichen Einflußgebiet des Russischen Zarenreiches gehörten, vertreten.

Eine sinnvolle Ergänzung hat die Deutsche Ostmesse durch das bei ihr bestehende „Wirtschaftsinstitut für die Oststaaten“ gefunden. Dessen Aufgabe ist es, die deutsche Wirtschaft laufend über den Bedarf der östlichen Auslandsmärkte zu unterrichten und den Handel der östlichen Staaten auf die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung in Deutschland aufmerksam zu machen. Zu diesem Zwecke gibt das Institut einige deutsche und fremdsprachige Zeitschriften heraus, vor allem die Monatschrift „Ost-Europa-Markt“, die bereits im 18. Jahrgang erscheint. Eine „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der osteuropäischen Wirtschaft“, die das Institut mit der Handelshochschule Königsberg eingegangen ist, bereitet deutsche Kaufleute auf den praktischen Einsatz in der Ostwirtschaft vor. Bei der Wirtschaftskammer Ostpreußens besteht eine Außenhandelsstelle, die den Kaufmann im Ostgeschäft unterstützt. Zur Durchführung praktischer Geschäfte haben sich die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen der Provinz eine „Gesellschaft zur Förderung des Außenhandels“ geschaffen. In diesem Zusammenhang ist auch das an der Universität Königsberg bestehende „Institut für osteuropäische Wirtschaft“ zu nennen, das sich vor allem die wissenschaftliche Erforschung des Wirtschaftslebens der Oststaaten zum Ziele gesetzt hat.

Unterstützt durch diese Institute und Stellen und mit allen Erfahrungen im Ostgeschäft und mit den besten messtechnischen Einrichtungen ausgestattet, hat sich die Deutsche Ostmesse Königsberg zu einem unentbehrlichen Aktivposten der deutschen Wirtschaft im Osten und des deutschen Handels mit den Oststaaten entwickelt.

Wirtschaftlicher Aufbau in Ostpreußen

Ostpreußen ist eine Agrarprovinz. Seine Stellung innerhalb der deutschen Ernährungswirtschaft tritt deutlich zutage, wenn man dem ostpreussischen Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung (ohne Oesterreich) von 3,5 v. H. folgende Anteile an den wichtigsten Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion des Reiches gegenüberstellt: Ostpreußen produziert 7,2 v. H. des Getreides, 5,7 v. H. der Kartoffeln, 7,8 v. H. der Futter- und Kohlrüben, 6,8 v. H. der Milch und 5,4 v. H. der Eier; es ist am Viehstand des Reiches mit 6,5 v. H. des Rindviehs, mit 6,2 v. H. der Schweine, mit 9,2 v. H. der Gänse, mit 12,7 v. H. der Pferde usw. beteiligt. Der Getreideüberschuß Ostpreußens hat im Durchschnitt der Jahre 1932 bis 1936 betragen an Roggen 125 000 Tonnen, an Weizen 78 000 Tonnen, an Hafer 17 000 Tonnen und an Gerste 53 000 Tonnen. An Vieh hat Ostpreußen z. B. im Jahre 1935 per Bahn in das übrige Reich fast 200 000 Stück Rindvieh, fast 80 000 Kälber, etwa 642 000 Schweine, 123 000 Ferkel, 192 000 Stück Geflügel usw. geliefert. Ostpreußen ist insofern, mit seiner landwirtschaftlichen Produktion über seine eigene, etwa 2,5 Millionen Seelen zählende Bevölkerung noch fast 3 Millionen Menschen zu ernähren.

Dabei ist folgendes festzustellen: Ostpreußen hat bisher seine agrarischen Ueberschußprodukte fast durchweg in unverarbeitetem Zustande in das übrige Reichsgebiet exportiert und ist von dort mit fertigen Nahrungs- und Genußmitteln, wie Konserven, Leigwaren usw., beliefert worden. Denn eine eigene ausreichende Nahrungsmittelindustrie hat in Ostpreußen bisher gefehlt, obwohl die Vorteile, die aus einer solchen Industrie für das ganze Wirtschaftsleben der Provinz erwachsen, klar auf der Hand liegen. Es sei nur ein Beispiel erwähnt: Das von Ostpreußen ins übrige Reich gelieferte Lebendvieh erleidet durch den Transport einen Gewichtsverlust, dessen Wert für das Jahr 1936 auf etwa 8 Millionen RM. geschätzt worden ist. Außerdem sind für den Viehtransport von Ostpreußen ins übrige Reich im gleichen Jahre etwa 7 Millionen RM. aufgewendet worden. Dieser Gewichtsverlust und Frachtaufwand von zusammen etwa 15 Millionen RM. haben für die ostpreussische Landwirtschaft eine durch eine eigene Nahrungsmittelindustrie wenigstens teilweise vermeidbare Minderung ihrer Einnahme bedeutet. In eine in unmittelbarer Nähe befindliche Nahrungsmittelindustrie kann die ostpreussische Landwirtschaft ihre Erzeugnisse zweifellos zu günstigeren Bedingungen verkaufen, als wenn sie diese Erzeugnisse auf dem weit entfernten mittel- und westdeutschen Markt absetzen muß. Durch eine solche Industrie wird die Landwirtschaft auch in die Lage versetzt, verschiedene hochwertige Erzeugnisse, wie Gemüse, Obst, Gurken usw. anzubauen, für die wegen der Marktferne bisher kein lohnender Absatz vorhanden ist. Von diesen Ueberlegungen ausgehend, ist man in den letzten Jahren in Ostpreußen mit Nachdruck an den Ausbau einer Nahrungsmittelindustrie, die auf der heimischen Landwirtschaft fußt und deren bisher in unverarbeitetem Zustande ausgeführten Ueberschüsse veredelt, herangegangen. Im einzelnen handelt es sich dabei um die Herstellung von Fleisch-, Gemüse-, Obst-, Milch- und Fischkonserven, von Nahrungsmitteln, Leig- und Dauerbackwaren, von Hafersflocken, Kaffeeersatz und Trockenmilch, von Käse, Marmelade und Kunsthonig, von Margarine, Süßwaren, Stärke uam.

Die vorhandenen Möglichkeiten und bisher erreichten Erfolge seien an einigen Beispielen erläutert. Die ostpreussische Fleischkonservenherstellung hat sich von 1933 bis 1937 von rund 0,2 auf 8,0 Millionen Kilogramm entwickelt. Der jährliche Gesamtverbrauch Ostpreußens beläuft sich auf etwa 10 Millionen Kilogramm. Er wird durch die Eigenerzeugung Ostpreußens an Fleischkonserven also noch nicht völlig gedeckt. Ostpreußen hat, wie erwähnt, in den Jahren 1932 bis 1936 durchschnittlich mehr als 200 000 Tonnen Roggen und Weizen ins übrige Reich ausgeführt. Dagegen hat es Erzeugnisse aus Roggen und Weizen noch fast reiflos von der mittel- und westdeutschen Nahrungsmittelindustrie bezogen; seinen Bedarf z. B. an Nudeln hat Ostpreußen bisher nur zu 4 v. H. und seinen Bedarf an Reis nur zu 1 v. H. aus eigener Erzeugung gedeckt. Die Selbstversorgung der Provinz mit Hafersflocken beläuft sich auf 50 v. H. und die mit Kaffee-Ersatz auf 40 v. H. Der Ausbau einer leistungsfähigen Industrie für

diese Waren ist im Gange; sie wird binnen kurzem in der Lage sein, nicht nur den ostpreussischen Eigenbedarf an solchen Waren zu decken.

Von der ostpreussischen Milchproduktion von rund 2 Milliarden Litern sind im Jahre 1937 1,1 Milliarden Liter zu 420 000 Doppelzentner Butter, und 330 000 Liter zu 400 000 Doppelzentner Hartkäse und 5 000 Doppelzentner Weichkäse verarbeitet worden. Ostpreußen hat damit etwa 52 v. H. des gesamten deutschen Hartkäsebedarfes gedeckt. Ist die Käseerzeugung in Ostpreußen schon seit langem heimisch, so ist die Herstellung von Kondensmilch, Trockenmilch und Lubensahne in Ostpreußen erst jüngeren Datums. In der 1934 ins Leben gerufenen Kondensmilchindustrie Ostpreußens sind im Jahre 1937 bereits 33 Millionen Dosen hergestellt worden. Die Produktion wird im Jahre 1938 voraussichtlich 50 Millionen Dosen überschreiten. Eine weitere Ausdehnung bis auf 80 Millionen Dosen ist geplant. Auch die Herstellung von Lubensahne ist in raschem Aufschwung begriffen; die Jahresproduktion dieses für Ostpreußen neuen Industriezweiges ist bereits auf 20 Millionen Dosen gestiegen. Die erste Trockenmilchfabrik Ostpreußens ist vor einigen Jahren in Marienburg entstanden. Die Herstellung von Flaschensahne ist ins Auge gefaßt. Und eine Fabrik zur Herstellung von Schmelzkäse mit einer Haltbarkeitsgarantie von mehreren Jahren ist im Aufbau begriffen. Die Margarineindustrie beruht zwar in der Hauptsache auf fremden Rohstoffen. Doch ist deren Bezug für Ostpreußen unter denselben Bedingungen wie für Mittel- und Westdeutschland möglich. Seit 1933 hat daher ein erheblicher Ausbau der Margarineindustrie in Ostpreußen eingesetzt, mit dem Erfolg, daß die Versorgung der Provinz mit Margarine eigener Erzeugung von 16 v. H. im Jahre 1933 auf voraussichtlich etwa 60 v. H. im Jahre 1938 hat gesteigert werden können. Einen kräftigen Aufschwung hat auch die ostpreussische Fischindustrie in den letzten Jahren genommen. Eine solche Industrie hat bis 1933 in Ostpreußen überhaupt nicht bestanden. Im Jahre 1937 hat die Eigenerzeugung der Provinz an Fischkonserven etwa 2 Millionen Dosen betragen. Im laufenden Jahre wird die Herstellung etwa 10 Millionen Dosen erreichen. Auch auf dem Gebiete der Kartoffelverwertung (Stärke und Glukose), der Zucker- und Süßwarenindustrie, der Dauerbackwaren und anderer Nahrungsmittel ist eine ganz beträchtliche Steigerung der ostpreussischen Produktion zu verzeichnen.

Insgesamt sind seit 1933 im Rahmen des Aufbauplanes der ostpreussischen Nahrungsmittelindustrie 35 neue Betriebe und Betriebsabteilungen mit über 1100 Arbeitskräften entstanden. 12 weitere Betriebe und Betriebsabteilungen, die etwa 900 Arbeitskräfte beschäftigen werden, befinden sich zur Zeit im Bau. Eine große Zahl weiterer Betriebsgründungen ist bereits geplant. Nachdem durch den Erfolg dieser Ansätze der Beweis erbracht worden ist, daß für eine solche Industrie ausgezeichnete Existenzmöglichkeiten vorhanden sind, ist deren weiterer Ausbau in vollem Gange. Sind die ersten Neugründungen nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus noch stark von der staatlichen Initiative ausgegangen, so hat deren sichtlicher Erfolg inzwischen auch die private Initiative wachgerufen. Die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie hat bereits auf verschiedene andere Industriezweige, die bisher in Ostpreußen nicht oder nur beschränkt lebensfähig gewesen sind, belebend eingewirkt. So hat z. B. die Verpackungsindustrie aus dieser Entwicklung Nutzen gezogen; es sind mehrere Kistenfabriken entstanden, eine Konservendosenfabrik ist gegründet worden, und die bestehenden Kartonnagenfabriken sind erweitert worden. Der Aufschwung, den die Nahrungsmittelindustrie Ostpreußens während der letzten Jahre erlebt hat, hat die Möglichkeit einer gewerblichen Durchsetzung dieser Agrarprovinz vollauf bewiesen.

„Daß die Stadt Danzig den deutschen Charakter bewahrt, dafür seid Ihr in aller Zukunft die Garanten. Dafür seid Ihr die lebendigen Zeugen, dafür müßt Ihr stehen und kämpfen. So grüße ich Euch denn im Namen des Reiches, zu dem Eure Sehnstucht geht, im Namen des deutschen Volkstums, zu dem Ihr gehört, und im Namen des Führers, dem auch Ihr gehorcht.“

Reichsminister Dr. Goebbels
in Danzig am 26. Juni 1938.

Zeit Stof und Schlesien

Zeit Stof und Schlesien — das mag manchem zunächst vielleicht als eine wenig begründete Beziehung erscheinen, da doch der berühmte Bildschnitzer einem in Süd-Deutschland weit verbreiteten Geschlechte entstammt und Krakau, wo sich sein berühmtestes Werk befindet, außerhalb Schlesiens liegt. Wenn man aber das Krakauer Wirten des Zeit Stof in den größeren geschichtlichen Zusammenhang hineinstellt, dann tritt dessen schlesische Grundlage deutlich zutage. Diese Grundlage ist in dem mächtigen Siedlungsvorgange gegeben, der sich seit dem 13. Jahrhundert längs der Hohen Straße von Mitteldeutschland bis Galizien vorschob und der neben zahlreichen deutschen Dörfern, Burgen und Klöstern auch deutsche Bürgergemeinden weit nach Osten vortrug. Den slawischen Völkern waren bis dahin Städte im rechtlichen, wehrpolitischen und wirtschaftlichen Sinne, wie sie das deutsche Mittel- und Ostland entwickelt hatte, unbekannt. Die Städte, die mit dem Vorranschreiten der mittelalterlichen deutschen Wiederbesiedlung von der Ausgangsstellung an der Saale aus, in der Mark Meißen, in der Oberlausitz, in Kleinpolen und Rotkreußen gegründet wurden, waren ausnahmslos deutschen Ursprungs; und sie wurden auch im entlegenen Vorfeld jahrhundertlang von deutschen Bürgern bewohnt und von diesen in ihrer Führung und in ihrem Aussehen bestimmt.

In Kleinpolen und Rotkreußen weisen heute noch zahlreiche Ortsnamen auf die schlesische Herkunft ihrer Gründer hin. Wie im schlesischen Oderlande, so begegnet man auch im heutigen Galizien Ortsnamen wie Neustadt und Neumarkt (Nowy Targ), Landeshut (Lancut) und Görlitz (Gorlice); weit im Osten erhebt sich, dem schlesischen Löwenberg entsprechend, die stolze Löwenburg (Lemberg). So war auch Krakau eine schlesische Gründung: Von den drei Männern, die 1257 die Stadt Krakau anlegten, waren zwei aus Schlesien, aus Breslau und Neiße, gekommen. Die Verfassung der Stadt wurde in ausdrücklicher Anlehnung an die Rechtsfassung von Breslau gebildet. Die Ähnlichkeiten in der Raumgliederung der beiden Städte (Großer und Kleiner Ring, Stellung der Marktkirchen usw.) fallen noch heute ins Auge. Nach der Gründungsurkunde durften in Krakau zunächst nur Deutsche als Bürger aufgenommen werden. Diese Einschränkung wurde im Laufe der Zeit allmählich durchlöchert. In späterer Zeit traten auch Slawen in die Bürgerschaft der Stadt ein. Aber unter den Neubürgern, die von 1392 bis 1409 in das Bürgerbuch eingeschrieben wurden, befanden sich noch immer 66 v. H. nachweisbar deutscher Volkzugehörigkeit, und im ganzen 15. Jahrhundert hielt sich der deutsche Anteil an der Krakauer Bürgerschaft um 55 v. H. Die meisten dieser Krakauer Deutschen stammten aus Schlesien, das mit seinen östlichsten Gebietsteilen (Leschen und Aufschwitz-Neustadt) damals bis dicht vor die Tore von Krakau reichte. Nach den wertvollen Feststellungen Franzes kamen rund neun Zehntel der deutschen Neubürger dieser Stadt aus dem schlesischen Stammsraum. Zumeist zogen sie aus Breslau und Neiße zu. Auch von den 34 während des 15. Jahrhunderts aus Preußen D.-S. Zuwandernden waren 31 nachweislich Deutsche und von denen aus Gleiwitz alle 15. „Das deutsche Krakau des Mittelalters ist eine schlesische Stadt.“ Da, wie Franze weiter nachgewiesen hat, damals ähnliche Verhältnisse auch im übrigen Vorkarpathenland herrschten, rückte Krakau „in die Mitte des alten schlesischen Stammsraums. Freilich war dieser Raum nur im Westen geschlossen deutsch, im Osten und Süden bloß von schlesischen Sprachinseln durchsetzt.“^{*)}

Im Laufe des 15. Jahrhunderts verschieben sich diese Verhältnisse dann. Die Zahl der deutschen Zuwanderer sank. Das war in diesem Jahrhundert eine gesamtdeutsche Erscheinung. In vorgehobenen Gemeinden des Ostens nahmen fremde Elemente die Stelle der deutschen Zuwanderer ein. Um 1500 machten die Deutschen nur noch 34 v. H. der Krakauer Neubürger aus. Unter ihnen befanden sich jetzt achtmal mehr Deutsche aus den großen Städten des Altlandes als hundert Jahre vorher. Es waren ausgesuchte Handwerker, Künstler und Großkaufleute aus Nürnberg, Ulm usw. Ueber Schlesien, das das deutsche Bürgertum der Städte Kleinpólens geschaffen hatte, hinaus verdichteten sich damals die Beziehungen zum deutschen Mittel- und dessen Handels- und Kulturmittelpunkten. Und Zeit Stof, der von 1477 bis 1489 an dem

^{*)} Vgl. F. Franze, „Herkunft und Volkzugehörigkeit der Krakauer Bürger des 15. Jahrhunderts“, in „Deutsche Monatshefte in Polen“, April/Mai 1936, 4. Sonderheft; und F. Franze, „Das mittelalterliche Deutschum in Krakau und Galizien“ in der Zeit-Stof-Commemorative der „Schlesischen Monatshefte“, 15. Jahrg., Juni 1938, Folge 6.

berühmten Altar der Krakauer Marienkirche arbeitete, trat aus seinem deutschen Lebenskreis gar nicht in dem Maße heraus, wie das demjenigen erscheint, der heutige Vorstellungen von Deutschland und Polen, von In- und Ausland, von deutschem und polnischem Volk, in diese mittelalterliche Vergangenheit zurückprojiziert. Gewiß war Krakau damals auch eine Stadt des polnischen Königs. Aber der polnische Staat war in ganz anderer Weise als heute in seinen Zuständigkeiten begrenzt und von den verschiedensten Rechts- und Lebensgemeinschaften durchbrochen. Tatsächlich schuf Stoß, der später, als sein Ruhm gewaltig glänzte, auch für polnische Auftraggeber wirkte, in diesen zwölf Jahren hingebungsvoller Arbeit am Marienaltar in einem geschlossenen deutschen, vorwiegend stammeschlesischen Lebenskreis. Seine Kunst war im heimatischen Franken entwickelt. Die Kirche, für die er schnitzte, war bis 1537 das Gotteshaus der deutschen Gemeinde. Sie war es, die Stoß zu seinem Werke nach Krakau berief und durch ihre Stiftungen und Sammlungen den Fortgang des immer kostspieliger werdenden Werkes sicherstellte, während die Polen zwischen und spöttelnd abseits standen. Zwar hatte sich das deutsche Gesicht Krakaus und der anderen, bis weit nach Kotzeußen vorgeschobenen Kulturmittelpunkte schon im 15. Jahrhundert nicht mehr vollkommen behauptet. Aber erst in späterer Zeit wurden diese in ihrem Ursprung deutschen Städte in ihrer kulturführenden Schicht wirklich überfremdet und polnisch.

Dr. B.

Völschewisierung der Tschecho-Slowakei

Es ist das in aller Deffentlichkeit proklamierte Vorhaben der tschechischen Politik, die tschechische Volksgrenze bis zur tschecho-slowakischen Staatsgrenze vorzutreiben. Der Weg zu diesem Ziel führt über sieben Millionen Menschen nichttschechischen Volkstums. Die Tschechen können ihn aus eigener Kraft nicht zurücklegen. Sie brauchen dazu die Hilfe eines Bundesgenossen, der bereit ist, sie vor den außenpolitischen Folgen ihrer Gewaltpolitik zu schützen. Als diesen Bundesgenossen hat sich die tschechische Politik den Bolschewismus verschrieben. Als Gegenleistung für die Unterstützung der Sowjets haben die verantwortlichen Männer in Prag ihren Staat der Roten Armee als Aufmarschgebiet gegen Europa und der bolschewistischen Umsturzidee als Plattform zum Angriff auf die europäischen Nationen zur Verfügung gestellt. Nicht nur aus einer außenpolitischen Zwangslage heraus, sondern aus dem offenkundigen Gefühl einer geistigen Verbundenheit mit dem Bolschewismus ist der tschechisch-sowjetische Bündnispakt von 1935 entstanden. Dr. Benesch, heute Präsident der tschecho-slowakischen Republik, hat damals erklärt: „Ich bin seit je ein Freund des sowjetischen Rufstand gewesen und habe schon 1919 mit Wilson auf dem Standpunkte der Anerkennung und Annäherung gestanden. 16 Jahre lang habe ich keine andere Politik verfolgt als die der Freundschaft mit der Sowjetunion. . .“ Es liegen zahlreiche ähnliche Selbstezeugnisse auch von anderen maßgebenden tschechischen Politikern vor.

Im Artikel I des tschechisch-sowjetischen Bündnisvertrages haben sich die beiden vertragsschließenden Teile verpflichtet, falls einer von ihnen „Gegenstand einer Bedrohung oder der Gefahr eines Ueberfalles von Seiten irgendeines europäischen Staates werden sollte, . . . unverzüglich zur Konsultation zu schreiten, um Maßnahmen zur Innehaltung der Bestimmungen des Artikels 10 der Völkerbundssatzung zu ergreifen“. Und nach Artikel II werden sich die beiden vertragsschließenden Teile im Falle „eines nichtprovokierten Ueberfalles von Seiten irgendeines europäischen Staates . . . unverzüglich gegenseitig Hilfe und Unterstützung erweisen.“ Da sich die Tschecho-Slowakei ständig bedroht fühlt, ist der im Artikel I vorgesehene Fall chronisch gegeben. Und Prag und Moskau haben entsprechend gehandelt. Nicht von deutscher Seite, sondern von einer französischen Zeitung, dem „Paris Coir“, stammt in bezug auf die Tschecho-Slowakei der Begriff eines „Flugzeugmuttereschiffes der Sowjets“. Wenige Monate nach dem Abschluß des Paktes mit Moskau hat man bereits größere Einheiten der sowjetischen Luftwaffe in der Tschecho-Slowakei feststellen können. An zahlreichen, über das ganze Staatsgebiet verteilten Orten sind neue, über die Bedürfnisse der tschechischen Luftwaffe weit hinausgehende Flughäfen angelegt worden, so bei

Munkacs, Ungwar, Kaschau, Preßburg, Mährisch-Osttau, Olmütz, Brünn, Jglaul, Pardubitz, Reichenberg, Budweis, Karlsbad uam. Um möglichst viele sowjetische Piloten mit der schwer zu besiegenden, über rumänisches Staatsgebiet führenden Strecke Kiew—Ungwar vertraut zu machen, hat man im August 1936 eine „zivile“ Flugverkehrslinie Prag—Moskau eröffnet. Bald nach dem Abschluß des Paktes hat eine ständig wachsende Zahl von Offizieren der Roten Armee ihren Einzug in der Tschecho-Slowakei gehalten. Diese Offiziere sitzen in der Nachrichtenabteilung des Kriegsministeriums in Prag, sie sind als Instruktoren bei der tschechischen Luftwaffe tätig, unter ihrer Aufsicht werden die Luftstützpunkte in der Slowakei ausgebaut, sie haben auf den Kriegsschulen die Ausbildung des tschechischen Offiziersnachwuchses in der Hand, sie sind den verschiedensten, vor allem den technischen Truppen zugeteilt worden, und auch in der tschechischen Rüstungsindustrie sind sie zu finden.

Mit größter Beschleunigung ist die Tschecho-Slowakei nach dem Abschluß des Paktes in ihren östlichen Landesteilen an den Ausbau des Straßen- und der Eisenbahnlücken herangegangen, die für die Bewegung großer Truppenmassen von Osten nach Westen notwendig sind. So ist die Klarapassbahn, die Nürnberg und die Slowakei fast genau in der Mitte zwischen der Nord- und Südgrenze des Staates, also an der strategisch sichersten Stelle, miteinander verbindet, ausgebaut worden. Zwischen Neusohl am Gran und Sankt Martin am Turca, sowie zwischen Gold-Morawitz an der Waag und Uezbeg am Gran sind mit großen Kosten Bahnverbindungen hergestellt worden. Die von Gillein über den Jablunkapass gegen die ober-schlesische Grenze führende Bahn ist zweigleisig ausgebaut worden. Uff. In beschleunigtem Tempo ist die Verlegung der kriegswichtigen Industrien aus den grenznahen Gebieten der Sudetenländer in das Innere des Landes fortgesetzt worden. Binnen kurzer Zeit sind in der Slowakei zahlreiche elektrotechnische, chemische, pharmazeutische und metallurgische Fabriken, Waffen-, Textil- und Nahrungsmittelfabriken entstanden.

Auch das mit Hochdruck ausgebaute Befestigungssystem der Tschecho-Slowakei läßt deutlich erkennen, daß der tschechische Aufmarschplan auf der Unterstützung durch die Rote Armee aufgebaut ist. Drei Befestigungsgürtel durchziehen den Staat. Der östlichste verläuft entlang der mährisch-slowakischen Grenze vom Jablunkapass bis nach Preßburg. Der zweite Linie beginnt am nördlichen Endpunkt der ersten, umschließt das Mährisch-Osttauer Industriegebiet und reicht bis nahe an die Südspitze der Grafschaft Olmütz heran, von wo sie nach Südwesten umbiegt und auf dem Böhmisches-Mährischen Höhenrücken nach Jglaul verläuft. Von Pardubitz führt die dritte Linie über Turnau, Melnik und Kladno nach Pilsen. Der Sinn dieses dreifachen Befestigungsgürtels ist es, den gefährdeten deutschen Angriff durch die eigenen Kräfte so lange aufzuhalten, bis der Aufmarsch der verbündeten sowjetischen Truppen im slowakischen Raume durchgeführt ist. In einer von einem tschechischen Generalstabsoberschiff verfaßten Broschüre „Der Krieg in Abyssinien und die Kriegsmöglichkeiten in Mitteleuropa“ stehen u. a. folgende Worte: „Die Tschecho-Slowakei ist die Festung, die ins Vorfeld hinausgeschoben und dabei das Verbindungsglied zwischen Frankreich und der Sowjetunion ist. . . Ein kleiner Staat innerhalb eines Blockes muß die militärische Führung selbstverständlich dem mächtigsten Bundesgenossen überlassen“. Daß dieser „mächtigste Verbündete“, dessen Führung sich die Tschecho-Slowakei unterstellt hat, die Sowjetunion ist, liegt offen zutage.

Zu der politisch-militärischen Bindung an die Sowjetunion tritt die fortschreitende geistige Bolschewisierung des tschechischen Volkes. Diese Entwicklung kann sich um so ungehinderter und rascher vollziehen, als sie in dem böhmisches Geist des tschechischen Volkes einen fruchtbaren Nährboden findet. Die bolschewistische Perzeption beschränkt sich nicht auf die mährischen Organisationen, die von der Prager Regierung als staatstragende Elemente anerkannt werden; wichtiger ist, daß auch die für das kulturelle Leben des tschechischen Volkes maßgebenden intellektuellen Schichten, die Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Gelehrten usw., in immer stärkerem Maße als Förderer einer „kulturellen Annäherung“ an den bolschewistischen Bundesgenossen auftreten. Von der Zentralorganisation der tschechischen Lehrer und Professoren werden alljährlich für ihre Mitglieder Studienfahrten nach der Sowjetunion organisiert. Stichproben in höheren Schulen haben ergeben, daß die Hälfte aller Schüler in jungkommunistischen Verbänden organisiert ist. Zu einer ständigen Einrichtung sind die teils von den

kommunistischen Organisationen, teils aber auch aus öffentlichen Mitteln finanzierten Massenbesuche tschechischer Lehrer, Kleinbauern und Arbeiter in Moskau geworden. Aus Anlaß des 20. Jahrestages des bolschewistischen Umsturzes im Oktober 1937 hat eine in Moskau weilende tschechische Abordnung den Exponenten des Sowjetstaates ein „Goldenes Buch“ überreicht, das die Unterschriften von 150 000 Einzelpersonen und 3 600 Betrieben mit 2,7 Millionen Gefolgschaftsmitgliedern enthielt.

Der Abgeordnete Staschek hat die bolschewistische Verfeuchung des tschechischen Volkes einmal mit folgenden Worten beschrieben: „Die bolschewistische Propaganda hat bei uns große Erfolge aufzuweisen. Es gibt Mittelschulen, in denen zwei Drittel der Schüler kommunistisch sind. Unsere Kinos spielen Filme russischer Herkunft, die ihre bolschewistische Tendenz in keiner Weise verbergen. In den Theatern werden bolschewistische Stücke gespielt. In den Auslagen der Buchhandlungen werden Bücher ausgestellt, die das Sowjetystem verherrlichen. Besondere Gesellschaften betreiben bolschewistische Propaganda auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, und an deren Spitze stehen Leute, die Lehramter an unseren Hochschulen bekleiden. Diese Gesellschaften haben ein dichtes Netz über den ganzen Staat gezogen. Ihre Versammlungen und Vorträge werden von Studenten und jungen Leuten aus allen Schichten der Bevölkerung gut besucht. Gesellschaftsreisen in die Sowjetunion dienen dem gleichen Ziel. Man kann sagen, daß es in Mitteleuropa keinen Staat gibt, in dem sich die bolschewistische Propaganda so ungehindert und maßlos ausbreiten kann wie bei uns.“ Die tschechischen Kreise, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen, sind nur gering. Ihre Warnungen finden nur noch schwachen Widerhall in den Massen und werden von den amtlichen Prager Stellen als eine Störung der Zusammenarbeit mit dem östlichen Bundesgenossen empfunden. Nicht nur die bürgerlich-nationalen, sondern auch die christlich-konfessionellen Kreise des tschechischen Volkes sehen der immer bedrohlicher werdenden Bolschewisierung teils untätig, teils sogar wohlwollend zu.

Prag ist zur zweiten Hauptstadt des Bolschewismus geworden. In Prag laufen die Fäden der bolschewistischen Mitteleuropapropaganda zusammen. Prag ist das Dorado der zum Kriege gehenden Emigranten und Juden. Die Angst vor den Deutschen hat die Tschechen in die Arme der Bolschewisten getrieben. Ihr Haß gegen die Deutschen hat sie zu Handlangern der Bolschewisten gemacht. Um ihren Staat, dieses künstliche und basaridische Gebilde, am Leben zu erhalten, haben sie sich auf Weidw und Verderb den Bolschewisten verschrieben. Die Gründung dieses Staates ist ein schreiendes Unrecht an sieben Millionen Deutschen, Slowaken, Madjaren, Ukrainern und Polen gewesen, die mit Gewalt in ihn hineingepreßt worden sind. Das Bündnis mit den Sowjets hat aus diesem Staate eine akute Gefahr für den europäischen Frieden gemacht.

Immer noch Kriegszustand in Memel

Seit dem Inkrafttreten der neuen litauischen Verfassung stellt der seit fast 12 Jahren auf dem Memelgebiet lastende Kriegszustand eine Maßnahme dar, die nicht nur mit dem Memelstatut, sondern auch mit der Staatsverfassung im Widerspruch steht. Denn die neue Verfassung kennt den Kriegszustand nicht. Es ist also der Erlaß eines neuen Staatsschutzgesetzes, der diesem Umstand Rechnung trägt, notwendig geworden. Die litauische Regierung scheint es aber mit der Fertigstellung eines solchen Gesetzes durchaus nicht eilig zu haben. Sie scheint es darauf abgesehen zu haben, die für den Herbst d. Z. vorgesehenen Neuwahlen zum Memelländischen Landtag noch unter dem Kriegszustand stattfinden zu lassen. Es versteht sich von selbst, daß das Memeldeutschtum kategorisch verlangt, daß diese Wahlen in einer Atmosphäre durchgeführt werden, die hinsichtlich der Wahlpropaganda der deutschen Bevölkerung die volle Gleichberechtigung garantiert.

Am 21. Juli hat der Abgeordnete der Einheitsliste, Bingau, im Namen des Memeldeutschtums, also der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung des Memelgebietes,

im Landtag noch einmal schärfsten Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung des Kriegszustandes erhoben. (Siehe auch „Ostland“ Nr. 9/1938.) Den Anlaß hierzu haben die blutigen Vorgänge gegeben, die sich am 4., 21. und 28. Juni d. J. bei der Ankunft deutscher Schiffe im Memeler Hafen abgespielt haben. In der Rede des Abgeordneten Bingau hat es u. a. geheißen: „Zu diesen bedauerlichen Vorfällen konnte es nur in der Atmosphäre kommen, die durch das nun beinahe zwölfsjährige Bestehen des Kriegszustandes geschaffen wurde. . . Wie können diesen Zustand niemals als rechtmäßig anerkennen. Er dient nur dazu, um uns unsere im Statut garantierten Rechte zu nehmen und die deutsche Bevölkerungsmehrheit brutal zu unterdrücken. Mit dem Befehl von Volk und Staat, das mit dem Memelstatut nicht vereinbar ist und daher auch nicht von uns anerkannt werden kann, wird die deutsche Bevölkerung zu Menschen zweiter Klasse gestempelt und in nationaler Hinsicht als vogelfrei erklärt. Im Memelgebiet ist die deutsche Bevölkerung genau so Staatsvolk wie die litauische, und es kann daher kein Befehl dem einen Teil Sonderrechte gewähren und den anderen rechtslos machen. . .“

Im weiteren Verlauf seiner Rede hat Abgeordneter Bingau die unter dem Kriegszustand herrschenden Zustände, vor allem die Tätigkeit der entgegen den Zuständigkeitsbestimmungen des Memelstatuts im Memelgebiet tätigen Staatssicherheitspolizei, an einigen Beispielen charakterisiert: „Die Staatssicherheitspolizei hat durch Strafandrohungen und sogar durch Strafmandate versucht, Eltern zu zwingen, ihre Kinder in die litauischen Privatschulen zu schicken. . . Die Sportvereine werden nach wie vor von der Staatssicherheitspolizei in ihrer Tätigkeit behindert. Man denke an das Verbot des Ganturfestes in Gadjuthen! Der Kriegskommandant hat von mehreren Vereinen den Ausschluß der führenden Mitglieder verlangt. . . Bei den Vorfällen am 21. Juni hat die Staatssicherheitspolizei mehrere Verhaftungen von jugendlichen Personen vorgenommen. Hierzu ist sie nicht zuständig gewesen, denn nach Artikel 20 des Statuts gibt es im Memelgebiet nur örtliche Polizei (Landes-, Hafen-, Grenz-, Zoll- und Eisenbahnpolizei). Es ist festgestellt worden, daß Beamte der Staatssicherheitspolizei Verhaftete mißhandelt haben. Die körperlichen Mißhandlungen sind durch einwandfreie Aussagen und ärztliche Untersuchungen bestätigt worden. Bei uns können Angestellte der Staatssicherheitspolizei ihren Haß gegen alles Deutsche in sadistischen Mißhandlungen jugendlicher austoben. Der Kriegskommandant hat einige der Verhafteten zu drei Monaten bis zu einem Jahr Arbeitslager verurteilt, andere sollen vors Kriegsgericht kommen. Kann man da überhaupt noch von Recht und Gerechtigkeit sprechen? Von Angehörigen der zu Arbeitslager Verurteilten ist uns mitgeteilt worden, daß die Zwangsarbeit, Behandlung, Unterbringung und Verpflegung zu schwersten gesundheitlichen Schädigungen der Verurteilten, meist jugendlicher, darunter 16- bis 18-Jähriger, geführt haben. Wenn diese unter den jetzt herrschenden Zuständen ihre Strafe abbüßen müssen, werden sie als an Leib und Seele für immer gebrochene Menschen zu ihren Angehörigen zurückkehren, falls sie die Strafzeit überhaupt lebend überstehen. Sind das Strafen, mit denen man Jugendliche für Unfug oder Leichtsinns bestrafen? Ankläger, Richter und Strafvollstreckler in einer Person ist der Kriegskommandant! Gegen sein Urteil, das den meisten nicht einmal schriftlich zugestellt worden ist, gibt es keine Berufung an ein Gericht, keine Verhandlung, keine Entlastungszeugen! Aber jeder Schwerverbrecher kann seinen Prozeß durch sämtliche Instanzen führen.“) Abschließend hat der Redner betont: „Wir müssen darauf bestehen, daß nunmehr unbedingt der Kriegszustand aufgehoben und die Staatssicherheitspolizei im Memelgebiet beseitigt wird“. Vom Landtag ist mit allen deutschen gegen die 5 litauischen Stimmen ein Dringlichkeitsantrag angenommen worden, in dem, wie bereits schon einmal am 12. April d. J., das Direktorium aufgefordert wird, erneut in dieser Angelegenheit alle ihm möglichen Schritte zu unternehmen.

*) Dem Präsidenten des Direktoriums Waldhug und dem Abgeordneten Ronien, die am 21. Juli auf Grund einer vom Gouverneur erteilten Genehmigung das Arbeitslager besichtigen wollten, wurde der Zutritt zum eigentlichen Lager, zu den Unterkunfts- und Verpflegungsräumen usw. verweigert; auch die Unterhaltung mit den verurteilten Memelländern wurde ihnen nur in Gegenwart mehrerer Beamter der Staatssicherheitspolizei gestattet.

Das Schulwesen im Memelgebiet

Ueber den Stand des öffentlichen Volksschulwesens im Memelgebiet am 1. Januar 1938 gibt folgende Uebersicht Auskunft. Öffentliche Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache sind vorhanden in:

| Schulaufsichtsbezirk | Schulen | Klassen | Schülerzahl * |
|-----------------------|---------|---------|---------------|
| Memel-Stadt | 11 | 89 | 3 574 |
| Memel-Land | 33 | 46 | 1 564 |
| Heidekrug | 54 | 93 | 3 188 |
| Pogegen I | 41 | 57 | 1 950 |
| Pogegen II | 48 | 58 | 1 820 |

An öffentlichen Volksschulen mit litauischer Unterrichtssprache sind vorhanden in:

| Schulaufsichtsbezirk | Schulen | Klassen | Schülerzahl |
|-----------------------|---------|---------|-------------|
| Memel-Stadt | 2 | 27 | 908 |
| Memel-Land | 22 | 28 | 1 041 |
| Heidekrug | 1 | 1 | 18 |
| Pogegen I | — | — | — |
| Pogegen II | — | — | — |

Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe von öffentlichen Volksschulen mit deutscher und litauischer Unterrichtssprache, und zwar in:

| Schulaufsichtsbezirk | Schulen | Klassen | Schülerzahl |
|-----------------------|---------|---------|-------------|
| Memel-Stadt | — | — | — |
| Memel-Land | 14 | 17 | 555 |
| Heidekrug | 9 | 12 | 416 |
| Pogegen I | 3 | 3 | 96 |
| Pogegen II | — | — | — |

Demnach sind im Memelgebiet nach dem Stande vom 1. Januar 1938 vorhanden 184 öffentliche Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache (mit 342 Klassen und 12 113 Schülern), 25 Schulen mit litauischer Unterrichtssprache (mit 56 Klassen und 1 967 Schülern) und 26 Schulen mit deutscher und litauischer Unterrichtssprache (mit 32 Klassen und 1 067 Schülern).

Der am 30. Mai 1918 abgeschlossene Pittsburger Vertrag, der die rechtliche und moralische Grundlage der slowakischen Autonomieforderung bildet und neben anderen auch die Unter schrift des verstorbenen Staatspräsidenten T. G. Masaryk trägt, hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter der slowakischen und tschechischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, der Slowakischen Liga, der Tschechischen Nationalen Vereinigung und des Verbandes tschechischer Katholiken berieten in Gegenwart des Vorsitzenden des Tschechisch-slowakischen Nationalrates, Prof. Masaryk, über die tschechisch-slowakische Frage und die bisherigen programmatischen Erklärungen und einigten sich auf Folgendes:

Wir billigen das politische Programm, das eine Vereinigung der Tschechen und Slowaken in einem selbständigen Staate der böhmischen Länder und der Slowakei erstrebt.

Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben.

Das Slowakische wird Amtssprache in der Schule, bei den Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt.

Der tschechisch-slowakische Staat soll eine Republik sein, seine Verfassung demokratisch. Die Organisation der Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Slowaken in den Vereinigten Staaten wird gemäß den Erfordernissen und einer Aenderung der Lage in gemeinsamer Verständigung studiert und verbessert werden.

Die Einzelheiten über die Einrichtung des tschechisch-slowakischen Staates wird den befreiten Tschechen und Slowaken und ihren rechtmäßigen Vertretern vorbehalten.“

Neben den öffentlichen gibt es sowohl deutsche wie litauische private Volksschulen. Und zwar sind an Volksschulen, die von der „Klaipėdos Krašto Mokyklų Draugija“ unterhalten werden, nach dem Stande vom 1. Januar d. J. vorhanden im Kreis Memel 14 Schulen mit 20 Klassen und 553 Schülern, im Kreis Heydekrug 18 Schulen mit 24 Klassen und 627 Schülern und im Kreis Pogegen 21 Schulen mit 34 Klassen und 839 Schülern, zusammen also 53 litauische Privatschulen mit 78 Klassen und 2 019 Schülern. Die ersten dieser litauischen Privatschulen sind im Jahre 1893 entstanden. Ihre Unterrichtssprache ist litauisch oder auch litauisch und deutsch, was darauf hinweist, daß sich in diesen Schulen viele Kinder mit deutscher Muttersprache befinden. Interessant ist ein Blick auf die Namen der an diesen litauischen Unterrichtsbetriebenen tätigen Lehrer. 24 von diesen Lehrern sind gebürtige Deutsche, deren Eltern z. T. noch dem „Kulturverband der Deutschen Litauens“ angehören, die selber aber ins litauische Lager abgewandert sind. Da finden sich z. B. folgende Namen Bakauzas (Bachhaus), Sicas (Schüg), Lakneris (Lakner), Blumas (Blum), Valneryte (Wallner), Veinšneideris (Wein Schneider), Keleris (Kehler), Vedleris (Wedler), Kremeris (Krämer), Berentaitė (Behrendt), Lynas (Vieh), Lylaitė (Viedete) und ein Duzend andere mehr*).

Die Zahl der deutschen privaten Volksschulen im Memelgebiet ist nur gering. Es gibt deren 6 mit 26 Klassen und 278 Schülern.

An öffentlichen höheren Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, die vom Direktorium des Memelgebietes oder den Gemeinden unterhalten werden, sind vorhanden 2 Gymnasien in Memel mit 22 Klassen und 504 Schülern, 1 Gymnasium in Heydekrug mit 12 Klassen und 304 Schülern, sowie 1 Aufbauschule beim Pädagogischen Institut des Memelgebietes mit 4 Klassen und 115 Schülern. In Memel besteht ein öffentliches Gymnasium mit litauischer Unterrichtssprache, das aus 15 Klassen besteht und von 489 Schülern besucht wird.

Öffentliche Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache gibt es in der Stadt Memel 2 mit 26 Klassen und 816 Schülern. Litauische Schulen dieser Gattung bestehen im Memelgebiet nicht.

Dagegen bestehen einige private höhere Schulen mit litauischer Unterrichtssprache, die von der „Klaipėdos Krašto Mokyklų Draugija“ unterhalten werden, und zwar in Heydekrug ein Gymnasium mit 8 Klassen und 223 Schülern und ein Gymnasium in Pogegen mit 11 Klassen und 304 Schülern. Ferner ist dem vom Direktorium des Memelgebietes unterhaltenen litauischen Gymnasium in Memel eine private Aufbauschule angegliedert, die in 6 Klassen von 192 Schülern besucht wird.

Die im Memelgebiet vorhandenen Fach- und Fortbildungsschulen werden in der Regel von den Gemeinden mit Zuschüssen des Direktoriums unterhalten. Es gibt gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen in Eodrupen (1), Heydekrug (2), Ruß (1) und Memel (3), sämtlich mit deutscher Unterrichtssprache. Außerdem sind 19 ländliche Fortbildungsschulen im Memelgebiet vorhanden. In der Stadt Memel besteht eine öffentliche Fortbildungsschule mit litauischer Unterrichtssprache. Vom Drogistenverband des Memelgebietes wird in Memel eine deutschsprachige Drogistenfachschule mit öffentlichen Zuschüssen unterhalten. Besonders hervorzuheben ist das Pädagogische Institut des Memelgebietes, das den Lehrernachwuchs für die öffentlichen Volksschulen

* Wie für die litauischen Privatschulen „getroeben“ wird, dafür sollen einige Beispiele angeführt werden: Sicas Straßenbahnarbeiter in Rinken, dem wegen angeblicher Belästigung der Grenzpolizei Strafe angedroht worden war, wurde von dem verschwinden Beamten der Staatssicherheitspolizei erlöset, er werde freilos ausgehen, wenn er seine vier Kinder in die litauische Privatschule schickte. Aus Furcht vor Strafe tat das der Arbeiter auch. Die Kinder blieben jedoch nur einen Tag in der litauischen Schule und lehrten dann wieder in die deutsche Schule zurück. Daraufhin wurde der Arbeiter vom Anlegungsbeamten mit Geldeinsatz bestraft. — Ein Bauernsohn aus Satoris wurde beschuldigt, ein Galzentrans in einen Chausseebaum geklimmt zu haben. Er sollte dafür bestraft werden. Den Eltern wurde von der Staatssicherheitspolizei angedroht, wenn Vermeidung einer Strafe ihre Kinder in die litauische Privatschule zu geben. Das taten die Eltern auch. Das letztere auch in diesem Falle die Kinder bald wieder in die deutsche Schule zurück. — Der Frau eines vom Anlegungsbeamten als Arbeitsloser verurteilten Arbeiters wurde von der Staatssicherheitspolizei mehrmals bedroht, daß sie ihren Mann zurückkommen würde, wenn sie sich dazu entschle, ihre Kinder der litauischen Privatschule anzugeben. — Einem Einwohner aus Vannage wurde von der Staatssicherheitspolizei mitgeteilt, daß er aus dem Memelgebiet ausgewiesen würde, wenn er es ablehne, seine Kinder in die litauische Privatschule zu schicken.

des Memelgebietes herabildet. Die 34 Hörer werden in deutscher und litauischer Sprache unterrichtet.

Eine besondere Stellung unter den Bildungsanstalten des Memelgebietes nehmen die von der Kauener Regierung eingerichteteten, unterhaltenen und kontrollierten Schulen ein. Es sind dies das Pädagogische Institut des Bildungsministeriums der Republik in Memel, das dem entsprechenden Institut des Direktoriums Konkurrenz machen soll, und die Handelshochschule in Memel, ferner die Staatliche Handwerkschule in Memel, die Landwirtschaftsschule in Saugen (Kreis Heydekrug) und die Musikhochschule in Memel. Mit dem genannten Pädagogischen Institut ist eine Lebungsschule (Volksschule) mit 9 Klassen und 269 Schülern verbunden. Die Unterrichtssprache in all' diesen Anstalten ist natürlich litauisch.

Zahlen über das Deutschtum in Galizien

Von polnischer Seite (z. B. in einer deutschfeindlichen Resolution der Lemberger Gruppe des Legionärverbandes vom 18. Juni d. J.) ist die Behauptung aufgestellt worden, daß von den etwa 30 000 Gliedern der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Galizien ein Drittel polnischer Volkszugehörigkeit sei. Ähnliche unrichtige Behauptungen sind von polnischer Seite auch in bezug auf die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rußischpolen („Ostland“, Nr. 7/1938, Seite 133) und in bezug auf die Unierte Evangelische Kirche in Ostoberschlesien („Ostland“, Nr. 5/1938, Seite 88) aufgestellt worden. Wie in bezug auf Rußischpolen und Ostoberschlesien so haben diese polnischen Behauptungen nunmehr auch in bezug auf Galizien an Hand einwandfreier Statistiken richtig gestellt werden können. Das ist im „Evangelischen Gemeindeblatt“ (Nr. 29/1938) geschehen. Dort hat es geheißen:

Es ist nicht wahr, daß die evangelischen Polen ein Drittel der Glieder der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses, d. h. also eine Zahl von über 10 000 Seelen ausmachen. Die Leitung der Kirche, die durch ihre hierfür verantwortlichen Organe eine sorgfältige statistische Evidenz führt, stellt fest, daß nach der letzten, durch die Pfarrämter und Presbyterien vorgenommenen genauen Zählung Anfang 1938 in den Gemeinden der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses (mit Ausnahme der Stadtgemeinde Lemberg, für die ein genaues Zählungsergebnis noch nicht vorliegt) von 27 263 Seelen 882 sich zur polnischen Nationalität bekamen. Nimmt man die Gesamtzahl der Evangelischen in der Stadt Lemberg mit rund 3 000 an, und nimmt man (hierin sicher zu weit gehend) an, daß von diesen 3 000 ein Drittel sich zum polnischen Volkstum bekennt, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 1 882 polnischen Evangelischen, d. h. etwas über 6 v. H. Die evangelischen Ukrainergemeinden sind hierbei nicht mitgerechnet. Nimmt man diese Gemeinden, die etwa 3 000 Seelen zählen, hinzu, so wiew der Vombundertsatz der evangelischen Polen im Verhältnis zur Gesamtseelenzahl noch geringer. Etwa drei Viertel aller Evangelischen, nämlich 25 062, entfallen auf die drei ostgalizischen Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol.

Die 27 263 deutschen und polnischen Seelen der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses (ohne Lemberg) verteilen sich auf 119 Gemeinden (Pfarrgemeinden, Filialgemeinden und Predigtstationen). Unter diesen 119 Gemeinden befinden sich 73 mit zusammen 14 098 Seelen, in denen es überhaupt keine polnischen Mitglieder gibt. In weiteren 9 Gemeinden mit einer Gesamtseelenzahl von 2 811 befinden sich im ganzen 55 polnische Mitglieder, und zwar nicht im Ort selbst, sondern in der weiteren Umgebung. In 37 anderen Gemeinden mit einer Gesamtseelenzahl von 10 354 gibt es insgesamt 827 Polen. Von diesen 827 Polen entfallen 700 auf die Wojewodschaft Krakau; dabei ist zu bemerken, daß die evangelische Gemeinde der Stadt Krakau nicht der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses angehört, sondern sich der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses angeschlossen hat. In den ostgalizischen Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol (ohne die Stadt Lemberg) gibt es also insgesamt nur knapp 200 evangelische Polen. Und zwar sitzen in den ländlichen Gemeinden nur ganz vereinzelte evangelische Polen; auch in den Städten

bilden sie innerhalb der Kirchengemeinden nur ganz geringe Minderheiten; z. B. gibt es in Stanislaw 23, in Strzyj 20, in Jaroslaw 11 und in Premissel 12 evangelische Polen. Es bleibt die Lemberger Kirchengemeinde, für die noch keine exakten Zahlen vorliegen. Nimmt man die Zahl der polnischen Mitglieder dieser Gemeinde mit 1000 an (was sicherlich zu hoch gegriffen ist, da nachweisbar nicht wenige Deutsche in Lemberg aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind, ihre wirkliche Volkszugehörigkeit zu verleugnen), so kommt man zu dem Ergebnis, daß der polnische Anteil an den Gemeinden der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in ganz Galizien (ohne Krakau) etwa 6 v. H. und an den Gemeinden der drei ostgalizischen Wojewodschaften sogar nur 4,5 v. H. beträgt.

In der eingangs erwähnten Resolution der Lemberger Gruppe des Legionärverbandes ist u. a. auch die Behauptung aufgestellt worden, daß die Evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in den mehr als 100 Privatschulen, die sie unterhalte, „Germanisierungsarbeit an polnischen Kindern“ betreibe. Auch diese Behauptung ist vom „Evangelischen Gemeindeblatt“ richtiggestellt worden: Zunächst gibt es nicht über 100, sondern 81 Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache, die von der genannten Kirche unterhalten werden. Von diesen werden 74 ausschließlich von deutschen Kindern besucht. Nur in 7 dieser Schulen sind auch einige Kinder nichtdeutscher Volkszugehörigkeit vorhanden, und zwar in Brigidau und Strzyj je 1 polnisches Kind, in Neudorf bei Dłtynia 4, in Stanislaw 2 und in Lemberg 10, im ganzen also 18 polnische Kinder, die jederzeit in polnische Schulen am Ort umgemeldet werden könnten, — wenn ihre Eltern das wünschen. Außerdem gibt es in diesen Schulen noch 8 ukrainische und 3 Kinder anderer Volkszugehörigkeit. Im ganzen werden die 81 Schulen von 3415 Kindern besucht. Man muß also zugeben, daß der Anteil der polnischen Kinder (0,5 v. H.) äußerst gering ist. Diese Zahlenangaben beruhen auf den Schülerkatalogen, die von den polnischen Schulinspektoren genauestens geprüft worden sind. Ihre Zuverlässigkeit kann also auch von polnischer Seite nicht in Zweifel gezogen werden. Im übrigen besagt das Statut der Privatschulen ausdrücklich, daß mit Genehmigung des Schulkuratoriums auch nichtdeutsche und nichtevangelische Kinder in diese Schulen Aufnahme finden können, wenn besondere Gründe vorliegen. Wo das in den genannten, ganz vereinzelten Fällen geschehen ist, ist stets die Genehmigung des Kuratoriums eingeholt worden. Es ist unter diesen Umständen schon ein starkes Stück, wenn in der erwähnten Resolution gegen die Evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses der Vorwurf des Kaufes polnischer Seelen erhoben worden ist.

Offland-Chronik

Der letzte König von Polen

Vor kurzen haben die Sowjets nach jahrelangen Verhandlungen den Leichnam des letzten Königs von Polen, Stanislaw August Poniatkowski, nach Polen überführt. Dieses Ereignis ist ohne Teilnahme der polnischen Öffentlichkeit vor sich gegangen. Der silberne Sarg mit den sterblichen Überresten des Königs ist bei Stolpce von einigen polnischen Behördenvertretern in aller Stille in Empfang genommen und nach Wolezyn in Polesien, dem Stammsitz der Poniatowskis, gebracht worden. Die polnische Presse hat dieses Ereignis nachträglich zum Anlaß genommen, um dem toten König mehr oder weniger freundliche Gedenkartikel zu widmen. Für sie, die nicht gerne

über das Ende des altpolnischen Staates und über die innerpolnischen Verhältnisse, unter denen sich dieses Ende vollzogen hat, spricht, ist dieser König eine peinliche Erinnerung. Im Wilnaer „Słowo“ hat es u. a. geheißen: „Stanislaus August überragte seine Zeitgenossen um Haupteslänge in bezug auf Kunst und Wissenschaft; er stellte aber genau den Durchschnitt der staatsbürgerlichen Moral eines Polens aus der Mitte des 18. Jahrhunderts dar. Polens König — ein Geliebter der Jarin? Aber wer hat ihn denn gewählt, wenn nicht das Volk in freier Wahl? Gefauste, erzwungene Stimmen, Erpressungen und fremde Agenturen? Aber wer verkaufte die Stimmen? Wer ließ den Verfall der republikanischen Einrichtungen zu? Wer hatte

die Staatsverteidigung auf der Zunge, ohne sie in die Tat umzusetzen, wenn nicht das Volk? Der König war unfähig, verkäuflich und charakterlos? Aber war nicht das Volk unfähig, in dessen Lande die Regimenter fremder Mächte marschierten? Waren nicht die Landtage bestochen? Haben wir während der ersten Teilung auch nur eine Unze Charakter bewiesen? ... Es ist eine geschichtliche Fälschung, die Verantwortung vom ganzen Volke auf einen Menschen abzuwälzen! Das ganze Volk sei schuld am Niedergang und an der Teilung gewesen, nicht aber der König allein. Es sei wahr, man könne das Genie Pilsudskis mit demjenigen des Königs nicht vergleichen. Es sei ebenso sicher, daß das heutige Polen den Krieg gegen Rußland gewonnen, der König ihn aber verloren habe." „Aber“, so heißt es dann wörtlich, „unser Geschichtsbuch und die Geschichte unserer Generation ist noch nicht abgeschlossen; und wir wissen nicht, was Gott noch hineinschreiben wird. Wir dürfen demzufolge nicht überheblich sein.“ Im „Glowo“ wird dann die Forderung erhoben, daß August Pomiatowski auf dem Krakauer Barock neben den anderen Königen Polens beigesetzt werde. Dagegen hat sich u. a. der „Kurjer Poranny“ gewandt: Die polnische Regierung habe das Andenken des letzten Königs von Polen dadurch genügend geehrt, daß sie seine Ueberreste habe heimkehren lassen. Diese hätten nun in der Heimat Erde ihre verdiente Ruheplätze gefunden. Man solle dem König in Wolezyn ein Denkmal und eine Kapelle errichten. Damit aber solle es genug sein. Denn man dürfe nicht vergessen, daß dieser König die letzte Teilung Polens gutgeheißen und unterzeichnet habe, ohne auch nur einen einzigen Schuß zur Verteidigung seines Staates abzugeben. Ein Führer, der eine Schlacht verliere, bleibe trotzdem ein Held. Ein Führer aber, der die eigenen Reihen verlasse, nur weil er die Uebermacht des Gegners sieht, müsse aus der Heldenliste des Volkes gestrichen werden. Das Blatt schließt mit den Worten: „Der Sarg in der alten Kirche von Wolezyn, der dort bleiben muß, soll ein Symbol der ewigen Reue sein, die das Volk für die Sünden der Väter übernimmt.“

Das Arbeitstempo in Polen

Im Krakauer „Mustronwanj Kuerjer Godzienny“ ist vor kurzem ein Artikel erschienen, in dem der frühere Stadtpräsident von Warschau, Ing. Dezewicki, einige bemerkenswerte Ausführungen über die Einstellung des Polen zur Arbeit gemacht. Es hat darin u. a. geheißen: Polens Wirtschaftsentwicklung stehe, trotz seiner günstigen Lage, noch weit hinter derjenigen anderer Länder zurück, die sich in viel schwereren Verhältnissen befinden, wie z. B. Finnland, Schweden, Norwegen und die Schweiz. Das sei nur ein Ergebnis der geringen Arbeitsfähigkeit der polnischen Bevölkerung. In Polen werde Arbeitsamkeit nicht als eine Pflicht oder Tugend, sondern mehr als eine harte Notwendigkeit, der jeder zu entgehen trachte, angesehen. In Polen gebe es im allgemeinen kein Bestreben, den Wohlstand zu heben. Die schlechte Entwicklung des Wirtschaftslebens beruhe vor allem auf der geringen Schätzung der Zeit. Ein charakteristisches Beispiel dafür sei die Einstellung der polnischen Bevölkerung zu den Feiertagen und den anderen verschiedenen Gelegenheiten, die Arbeitstage zu unterbrechen. Außer den kirchlichen Feiertagen, deren es in Polen mehr gebe, als Papst Pius X. aufgestellt habe, gebe es noch verschiedene andere Festlichkeiten, Manifestationen, Kongresse, Jubiläen und sonstige Veranstaltungen, die die breite Masse von der Arbeit fernhielten. Der Mangel an Pünktlichkeit und Beachtung der eigenen und der fremden Zeit führe dazu, daß das Arbeitstempo in Polen langsam sei und daß alle Bemühungen Einzelner, gründliche Arbeit zu leisten, gehemmt würden. Das hinter dem der anderen Länder zurückbleibende Arbeitstempo in Polen verteuere die polnischen Waren und belaste die Rentabilität des Produktionsprozesses; es sei mit schuld an den Ausführungsschwierigkeiten Polens und trage zur Steigerung der Arbeitslosigkeit bei.

Jüdisches Weltbad auf Hela

Seit längerer Zeit macht in Polen der jüdische Großhändler Daniel Wolf viel von sich reden. Sein Name ist im Zusammenhang mit den von Polen nach Rußland gehenden Waffenschickungen viel genannt worden. Daniel

Wolf muß an diesem Geschäft sehr viel verdient haben. Im Februar d. J. hat er ein Warschauer Bankgeschäft, die „Polsti Bank Komercyjna“ mit einem Stammkapital von 2,5 Millionen Zloty erworben. Zum Direktor der Bank hat er seinen bis dahin in Paris als Inhaber einer kleinen Wechselstube sitzenden Bruder, Mozes Wolf, eingesetzt. Im April d. J. haben dann die Brüder Wolf unter dem Namen „Bondera“ eine Reederei in Gdingen gegründet. Das größte Aufsehen aber hat die Nachricht erregt, daß Daniel Wolf im Mai d. J. vom polnischen Staat den auf der Halbinsel Hela gelegenen Kurort Jurata angekauft haben soll. Jurata ist im Laufe der letzten Jahre zu einem vornehmen Villenort ausgebaut worden. Daniel Wolf soll die Absicht haben, aus Jurata einen mondänen jüdischen Kurort zu machen, für den schon unter der Judenchaft der verschiedensten Länder die Werbetrommel gerührt wird.

Neuer Generalkonsul in Danzig

Zum deutschen Generalkonsul in Danzig wurde der bisher als Gesandtschaftsrat in Belgrad tätige Dr. Martin von Janson ernannt. Von Janson, der gebürtiger Ostpreuße ist und bereits vor dem Kriege als Attaché der deutschen Botschaft in Petersburg angehörte, war nach dem Kriege nach einer kürzeren Tätigkeit in Posen von 1928 bis 1933 Vizekonsul in Prag. Von dort ging er als Gesandtschaftsrat nach Belgrad.

Wechsel in der deutschen Genossenschaftsleitung in Polen

Freiherr von Massenbach ist von der Leitung der deutschen landwirtschaftlichen Verbände in Polen zurückgetreten. In seine Stelle ist Berndt von Sän-

ger zum Vorsitzenden des Verbandsausschusses des Verbandes deutscher Genossenschaften, des Ausschusses der Landesgenossenschaftsbank, der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaftsbank, der Landwirtschaftlichen Hauptgesellschaft und der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft gewählt worden.

Seehafen in Pense

Ostpreußen wird einen neuen Seehafen erhalten. Der Hafen (es ist nach Königsberg, Pillau und Elbing der vierte Seehafen der Provinz) wird bei Pense am Frischen Haff entstehen. Dieser Platz ist gewählt worden, weil er infolge seiner Lage am Königsberger Seekanal günstige industrielle Standortsmöglichkeiten bietet. Der neue Hafen wird bei Porwajen Anschluß an die Königsberg—Pillauer Bahnstrecke erhalten. Es ist als Entlastung des Königsberger Hafens gedacht. Dessen Umschlag ist in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsaufschwung der Provinz und besonders infolge der Beschränkungen, denen der Transitverkehr durch den Korridor unterliegt, erheblich gestiegen. Der Elbinger Hafen hat für den westlichen Teil der Provinz seine Sonderaufgaben zu erfüllen. Beim Pillauer Hafen sind wegen des dort befindlichen Marinestandorts und infolge seiner Nehrungslage die Niederlassungsmöglichkeiten für industrielle Betriebe beschränkt. Die Anlage des Hafens bei Pense, erfolgt im Rahmen des Samlandplanes. Dieser Plan sieht vor, daß sich nordwärts von Königsberg zur Ostseeküste bei Cranz, Neukuhren usw. eine „Wohn- und Erholungsachse“ und westwärts in Richtung Pillau eine „Wirtschaftsachse“ erstreckt. An dieser letzteren Achse liegt das Fischerdorf Pense, das zum Seehafen ausgebaut wird.

Bücher über den Osten

Die Besiedlung des nordöstlichen Ostpreußens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Teil I: Die preußisch-deutsche Siedlung am Westrand der großen Wildnis um 1400. Von Hans und Gertrud Mortensen. Band 7 der Schriftenreihe „Deutschland und der Osten“. Verlag E. Hirtel, Leipzig 1937. 212 Seiten, 5 Abbildungen und 2 Karten. — Das 1. Kapitel behandelt das Quellenmaterial; im 4. wird die Entwicklung der Siedlung von 1410

bis 1475 besprochen und das 5. bringt ein Verzeichnis der vorhandenen Siedlungen mit Quellenbelegen. Die wichtigsten Teile des Buches sind die Kapitel 2 und 3, in denen der Stand der preußischen Siedlung und die Entwicklung der deutschen Besiedlung des Westrandes der großen Wildnis eingehend dargestellt werden. Es wird u. a. festgestellt, daß die preußische Siedlung nur die gut drainierten leichten Böden erfaßt hat und daß der Versuch des

Ordens, die Wälder der Wildnis durch preussische Siedler zu roden, im allgemeinen als möglich bezeichnet werden muß. Erst die deutsche Siedlung hat die Ränder der Wildnis gelichtet. Die deutschen Dörfer sind auf Rodeland zwischen den alten preussischen Siedlungen entstanden. Eine Ausrottung der Preußen, bei denen sich schon vor den Ordenskriegen ein natürlicher Bevölkerungsdruck feststellen läßt, durch das Deutschtum hat nicht stattgefunden. Die deutschrechtlichen Dörfer, die damals am Rande der Wildnis entstanden, sind wirklich deutsche Dörfer gewesen. Preußen hat es in diesen Dörfern nur ganz vereinzelt gegeben. Der Orden hat das große Siedlungswerk, das er plante, nicht mehr durchführen können. Interessant ist der Nachweis des Zusammenhanges, der zwischen der Finanzwirtschaft des Ordens und dem Tempo seiner Siedlungstätigkeit bestanden hat. Um 1400 hat das deutsch-preussische Kräfteverhältnis in dem fraglichen Gebiet 3:2 oder 1:2 betragen. Auf den beiden Karten sind die deutschen und die preussischen Siedlungen am Westrande der Wildnis sowie die Zahl der preussischen Freien- und Bauerbesitze dargestellt. — Der 2. Band derselben Arbeit, der als Heft 8 der genannten Schriftenreihe erschienen ist, behandelt „Die Wildnis im östlichen Preußen, ihr Zustand um 1400 und ihre frühere Besiedlung“. In diesem Bande wird die sogenannte „Weltwäldertheorie“ an Hand allen nur erreichbaren Materials widerlegt. Die Verfasser weisen einwandfrei und überzeugend nach, daß das ausgedehnte zwischen dem Oststrand des deutsch-preussischen Siedlungsgebietes und dem schamaitischen Höhenrand gelegene Gebiet zwar nicht völlig menschenleer, aber unbesiedelte Wildnis gewesen ist und daß es auch vor dieser Zeit in diesem Gebiet niemals Litauer gegeben haben kann. Die Menschen, die vorher dort geessen haben, sind Nadrauer, Sudrauer und Schalauer, also preussische Stämme, sowie Karshauer und Kuren gewesen. Die Verfasser entwerfen unter Auswertung der erhaltenen Dokumente des Ordens, der der tatsächliche Herr der ganzen Wildnis bis nach Rauen (Kowno) gewesen ist, ein anschauliches Bild der Wildnislandschaft. Eingehend wird über die Siedlungslehre der Wildnis berichtet, in der nur dem Orden zinspflichtige Jäger, Fischer, Feldler, Pechbrenner usw. ihr wirtliches Leben geführt haben. Feste Siedlungen hat es um diese Zeit nur um Elst-Ragnit, sowie bei den Ordensburgen Memel, Windenburg und Kossitten gegeben. Besondere Beachtung haben die Verfasser auch der Frage geschenkt, was aus den vor der Ordenszeit im Gebiet der späteren Wildnis, nach Ausweis der vorgeschichtlichen Funde in verhältnismäßiger Dichte siedelnden Bewohnern geworden ist. Die Entsiedlung des Landes wird durch die unausgesetzten Kriege dieser Bewohner untereinander und vor allem durch eine den Nahrungsraum stark beschränkende Klimawerschlechterung, die eine Abwanderung zur Folge gehabt hat, glaubhaft gemacht. Sehr ausführlich wird die Frage der Kuren behandelt, von denen nachgewiesen wird, daß sie unter der

Wirkung der genannten Ursachen ihre Wohnsitz weiter nach Norden verlegt haben. Weder auf der Kurischen Nehrung noch an der festländischen Ostküste haben zu Beginn der Ordenszeit Kuren gesiedelt. Die Frage, ob Reste der alten Bevölkerung die Wildniszeit überdauert haben, wird von den Verfassern mit Bestimmtheit verneint. Die in der litauischen Propaganda immer noch auftauchende Behauptung, daß das Memelgebiet und das nordöstliche Ostpreußen zur Heimat der Litauer gehören, muß nach dieser erschöpfenden Untersuchung als endgültig erledigt angesehen werden.

Dr. K.

Hochmeister und Reich. Die Grundlagen der staatsrechtlichen Ertelung des Ordenslandes. Von Edmund E. Stengel. Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1938. Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Savigny-Erftung für Rechtsgeschichte, 35 Seiten. Preis 1,50 RM. — Der Verfasser unterucht die vielschrittige Frage, ob und in welcher Form der Deutsche Ordensstaat dem Römischen Reich der Deutschen Nation angehöret hat. Er kommt zu dem Schluß, daß das Deutschordensland, wie Friedrich II. es nach seiner Goldenen Bulle angesehen wissen wollte, als ein Bestandteil des Deutschen Reiches gedacht war, daß aber die vorgeschobene Randlage des Staates und der konkurrierende Anspruch des Papsttums, das den Ordensstaat „in Schutz und Eigen des heiligen Peter genommen“ hatte, die ursprünglich geplante reichsrechtliche Ertelung des Ordenslandes geschwächt hat, und daß die „Lebensfähigkeit“ der Ritterorden es unmöglich gemacht hat, daß der Hochmeister des Deutschen Ordens zu den Reichsfürsten zählte.

Dr. K.

Ostpreußen in seiner Bedeutung für das Deutsche Reich. Von Th. Hürtig. Verlag von Julius Bels, Langensalza 1938. 50 Seiten. Preis 0,30 RM. — Auf knappem Raum gibt diese Schrift einen Ueberblick über die Tatsachen, die Ostpreußen: bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Wert für das Reich erkennen lassen. Man lernt Ostpreußen als eine „Kinderwiege“ des deutschen Volkes, als ein Reservoir der Arbeitskräfte für die großen Industriezentren der Mitte und des Westens des Reiches, und als eine Provinz kennen, die mit den Ueberflüssen ihrer landwirtschaftlichen Produktion über die eigene Bevölkerung hinaus etwa 3 Millionen Menschen zu ernähren imstande ist. Das Heft enthält zahlreiche statistische Tabellen und Kartenskizzen.

Dr. K.

Heilige Heimat. Lieder eines Ostmärkers. Von Paul Dobbermann. Verlag von Julius Bels, Langensalza 1938. 63 Seiten. Preis 1,— RM. — Diese Gedichte sind in den Jahren 1918 bis 1932, in denen der Verfasser in der deutschen Volkstumsarbeit der vom Reich abgetrennten Ostgebiete gestanden hat, entstanden. Dem Schmerz über die Trennung vom Mutterland und der Liebe zur angestammten Heimat weiß der Verfasser in seinen Versen beredten Ausdruck zu geben.

Dr. K.

Verrat an Europa. Von Karl Wieg. Nebelungen-Verlag G. m. b. H., Berlin 1938. 194 Seiten. Preis 1,10 RM. — Die von der Anti-Komintern herausgegebene Broschüre nennt sich im Untertitel „Ein Rotbuch über die Bolschewisierung der Tschecho-Slowakei“. Sie beleuchtet an Hand vielseitigen Materials die politisch-militärische Zusammenarbeit zwischen Prag und Moskau und die weltanschauliche Verwandtschaft des Hussitentums mit dem Bolschewismus. Die Tschecho-Slowakei als Stützpunkt der roten Luftwaffe, sowjetische Instrukteure und Aufpasser in der tschechischen Armee,

die Sicherung des militärischen Aufmarsches der Roten Armee auf tschecho-slowakischem Boden, die Arbeit der kommunistischen Organisationen in der Tschecho-Slowakei, die Bolschewisierung des tschechischen Kulturlebens, Prag als Zentrale der Kominternarbeit und als Sammelpunkt der Kriegsbeute, — das sind einige der Fragen, die in der aufschlußreichen Broschüre angeschnitten werden. Zahlreiche Abbildungen erbringen den dokumentarischen Nachweis für die den europäischen Frieden gefährdenden Fortschritte der bolschewistischen Berdejungsarbeit in der Tschecho-Slowakei. Dr. K.

Verlag Dr. Heideckh Dömer, Berlin SW 61, Konowstr. 23. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto K r e d e l, Berlin-Friedenau, Jäger 2. — Druck: Weltfreud-Verlag Gmbh., Berlin-Nikolentor, Wolkestr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Pamp, Nützenau b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug direkt: jährlich RM. 6,00, Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Wegstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

E l b i n g

A. Zedler, Elbing

Fernsp. Sammel-Nr. 4045. Rederei, Befrachtung, Spedition. Stauroi, Güterfernverkehr und Kohlen Großhandel

Wöchentliche Tourlinien Hamburg-Elbing, Steinhilber-Elbing, Rheinbälgen-Elbing und umgekehrt. Eizderverkehr nach dem Ostseebad Kolberg. Gestaltung von Dampfern in allen Größen für Vereins- und Gesellschaftsfahrten.

H. Meister

Baugeschäft für Hoch- u. Tiefbau

Elbing, Fliegerstraße 24

Fernsprecher: 2345

L ö t z e n

Markt-Drogerie
Photo-Handlung

Fritz Murach
Lötzen Ostpr.
Markt 18. Fernruf 228

Esst

Süßwasserfische!

Walloch, Lötzen i. Ostpr.

Kreismolkerei Treuburg e.G.m.b.H.

Deutsche Markenbutter
Zilsfiter Markenkäse

Fertige Damen- und
Herren-Bekleidung

Teppiche, Gardinen und Schuhwaren

Adolf Doepner, Heiligenbeil.

L y c k

Modenhause

Otto Kuehn, Lyck Ostpr.

kleidet Sie ein!